

## Österreich und Namibia

Ein schwieriges Verhältnis im langen 20. Jahrhundert

Von Walter Sauer

*erschienen in: Walter Sauer (Hg.), Wien – Windhoek retour. 150 Jahre Beziehungen zwischen Österreich und Namibia (Wien 2008), S. 7-61*

Wie sortiert man eineinhalb Jahrhunderte „Beziehungskiste“ zwischen zwei so unterschiedlichen Regionen, Gesellschaften und Staaten wie „Österreich“ und „Namibia“? Zunächst sind – jenseits der zu erhebenden Fakten – einige grundsätzliche Fragen zu stellen. Zum ersten jene nach allfälligen Zäsuren aufgrund der staatlichen, im vorliegenden Fall wenig stabilen Rahmenbedingungen (Habsburgermonarchie, Erste Republik, NS-deutsche Okkupation und Zweite Republik auf der einen, deutscher Kolonialismus, südafrikanische Mandats- bzw. mandatslose Herrschaft und endlich Republik auf der anderen Seite). Zum zweiten ist nach den gesellschaftlichen Interessen Ausschau zu halten, die hinter der Herausbildung bilateraler Beziehungen und somit eines bilateralen „Verhältnisses“ standen. Zum dritten geht es um die Sektoren, innerhalb derer sich diese Interessen realisierten (z. B. Politik, Wirtschaft, Kultur, Migration, Tourismus etc.), und um ihre gesellschaftspolitische Funktion für beide Länder. Und viertens rücken die Akteure mit ihrer jeweiligen Eigendynamik in den Vordergrund – eine Palette, die von staatlichen Institutionen über Verbände bis hin zu Einzelpersonen reichen kann.

All dies läuft schließlich auf zwei grundlegende Leitfragen hinaus: Welche Rolle spielten (und spielen) für Namibia Beziehungen zu „Österreich“ im Verlauf der kolonialen Eroberung, bei der Stabilisierung der Siedlerherrschaft, im Befreiungskampf und während der bisher kaum zwei Jahrzehnte langen postkolonialen Entwicklung? Und welche Bedeutung nahmen (oder nehmen) in Österreich Beziehungen zu „Namibia“ ein im Rahmen seiner Entwicklung von einer europäischen Großmacht zu einem kleinen, im Prinzip noch neutralen Mitgliedsstaat der EU in einem durch wachsende Diskrepanzen geprägten internationalen System?

### I. Österreich-Ungarn und die deutsche Kolonie Südwestafrika

Kontakte zwischen der Habsburgermonarchie und Namibia in vorkolonialer Zeit waren praktisch nicht existent. Auch der Kärntner Botaniker Friedrich Welwitsch, der 1859 im Süden Angolas die weltwitschia mirabilis – heute eines der heraldischen Symbole Namibias – „entdeckte“, war nie auf namibischem Gebiet tätig.<sup>1</sup> Als einziger, indirekter Kontakt ist der kurzfristige Aufenthalt des ungarischen Abenteurers László Magyar im Königreich Uukwanyama im Herbst 1852 zu nennen. Magyar hatte das spätere Ovamboland vom angolanischen Norden her, mittels einer Überquerung des Kunene, erreicht und verbrachte zweieinhalb

---

<sup>1</sup> Helmut Dolezal, Friedrich Welwitsch. Leben und Werk (Separatabdruck Wien 1959); Marianne Klemun, Briefe von Friedrich Welwitsch (1806-1872) an Ernst Gottlieb von Steudel, Heinrich Gottlieb Ludwig Reichenbach, Ludwig August von Frankl-Hochwart und Franz Unger, in: Carinthia II 180/100 (1990), S. 31-54.

Monate am Hof des Königs Haimbili yaHaufiku;<sup>2</sup> oralen Traditionen zufolge, die in ihm einen Portugiesen sahen, muß er einer der ersten, wenn nicht überhaupt der erste Europäer in der Region gewesen sein.<sup>3</sup> Ob Magyar diese Reise im Auftrag der Portugiesen oder des Ovimbundu-Königs von Bié, in dessen Familie er durch Heirat aufgenommen worden war, oder auf eigenen Entschluß hin unternommen hatte, ist ebenso ungeklärt wie die Frage, welchen Zwecken sie eigentlich diente; während er sich gegenüber der ungarischen Akademie der Wissenschaften wie immer als „Forscher“ darzustellen versuchte, sind außen- oder handelspolitische Hintergründe eher wahrscheinlich. Offenbar waren Magyar und seine Auftraggeber an der Erschließung einer West-Ost-Route durch den Kontinent interessiert. Der Ungar gelangte bis in den Caprivi (Linyanti), wo man ihm allerdings die Weiterreise verwehrte.

Beide, Magyar und Welwitsch, stehen für das Engagement so mancher habsburgischer Untertanen im Dienst anderer europäischer Kolonialmächte während der Epoche des informellen Imperialismus („flag follows the trade“) – und noch darüber hinaus. Österreich-Ungarn nahm ja bekanntlich aus verschiedenen Gründen am „scramble for Africa“ *direkt* nicht teil – Versuche, Kolonien in Übersee zu etablieren, waren im späten 18. und wieder um die Mitte des 19. Jahrhunderts mehrfach gescheitert –, war jedoch auf vielfältige Weise *indirekt* in den europäischen Imperialismus verstrickt:<sup>4</sup> Als *Staat* saß Österreich-Ungarn – auch in kolonialpolitischen Fragen! – am Tisch der multilateralen Interessensabstimmung der europäischen Mächte (dem Concert Européen) und zählte deshalb zu den Unterzeichnern der Berliner Kongo-Akte 1885, welche die europäischen Erwerbungen/Eroberungen in Afrika legitimierten. Und als *Gesellschaft* entwickelte sich die Habsburgermonarchie zwar mit Schwankungen, aber doch immer stärker in eine kolonialistische Richtung, während Kolonialismuskritik nur selten zum Ausdruck kam.<sup>5</sup> Kolonialenthusiasten, Abenteurer, Forscher etc. stellten sich deshalb in nicht unbeträchtlicher Anzahl in den Dienst anderer Staaten, etwa Portugals (Welwitsch wie erwähnt), des Königs der Belgier (Lerman<sup>6</sup>), Großbritanniens (Slatin<sup>7</sup>) oder Deutschlands (Baumann<sup>8</sup>).

---

<sup>2</sup> Andreas Szabo, László Magyar. Mit „falscher“ Nationalität zur „falschen“ Zeit in Afrika, in: Walter Sauer (Hg.), k. u. k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika (Wien-Köln-Weimar 2007), S. 127-161, hier: S. 140 f.

<sup>3</sup> Frieda-Nela Williams, Precolonial communities of Southwestern Africa. A history of Owambo kingdoms 1600-1920 (=Archeia 16, Windhoek 1991), S. 122 f.; Harri Siiskonen, Trade and socioeconomic change in Ovamboland, 1850-1906 (=Studia historica 35, Helsinki 1990), S. 91.

<sup>4</sup> Dazu ausführlich Walter Sauer, Schwarz-Gelb in Afrika. Habsburgermonarchie und koloniale Frage, in: ders., (Hg.), k. u. k. kolonial, S. 17-78.

<sup>5</sup> Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Unterstützung eines böhmischen Lehrers für den antispansischen Freiheitskampf der Philippinen: Harry Sichrovsky, Der Revolutionär von Leitmeritz. Ferdinand Blumentritt und der philippinische Freiheitskampf (Wien 1983).

<sup>6</sup> Alexander Lopasic, Commissaire General Dragutin Lerman 1863-1918. A Contribution to the History of Central Africa (=Annales des Musée royal de l'Afrique centrale, Serie 8, Sciences Historiques, Nr. 4, Tervuren 1971).

<sup>7</sup> Gordon Brook-Shepherd, Between Two Flags. The Life of Baron Sir Rudolf von Slatin Pasha (London 1972); Walter Sauer, Art. Slatin Rudolf, in: ÖBL XII (Wien 2005), S. 350.

<sup>8</sup> Barbara Köfler, Oscar Baumann. Die wechselseitige Beziehung zwischen Forschungs- und Kolonialinteressen, in: Sauer (Hg.), k. u. k. kolonial, S. 197-223.

Für Namibia – bzw. die damals entstehende Kolonie Deutsch-Südwestafrika – bedeutete das Folgende: Militärisch war Österreich-Ungarn an den Eroberungen durch das Deutsche Reich zwar nicht beteiligt, politisch jedoch wurde die deutsche Kolonialpolitik, da sie ja im Einklang mit den in Berlin vereinbarten Regeln erfolgte, von Wien im Grundsatz akzeptiert. Von den Medien wurde die Etablierung von „Deutsch-Südwestafrika“ zweifellos verfolgt, und mehrfach fanden „Überseeinteressierte“ ihren Weg in den Südwesten Afrikas. Auch für verschiedene heimische Institutionen wurde die Kolonie interessant. Das auf diese Weise etablierte Beziehungsmuster – zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Sektoren wie Emigration, Mission oder Forschung bei gleichzeitiger Zurückhaltung der staatlichen Akteure – sollte auf Jahrzehnte hinaus das Verhältnis zwischen Österreich und Namibia bestimmen.

### I.1. Frühe Emigration: Schutztruppler, Arbeiter, kaum Farmer

Wenden wir uns als erstes der österreichischen Auswanderung zu. In Namibia erinnert man sich noch vereinzelt an Angehörige der deutschen „Schutztruppe“, die aus Österreich-Ungarn stammten, etwa einen Johannes Fiedler (in späterer Zeit der erste Flugpilot des Landes) und einen Carry Venuleth (später Sprengmeister in Omaruru).<sup>9</sup> Johann, der Diener des ersten deutschen „Reichskommissars“ Heinrich Goering, soll ein ehemaliger österreichischer Schiffsjunge gewesen sein.<sup>10</sup> Leutwein erwähnt in seinen Memoiren als einzigen Österreicher einen Rittmeister von Clavé, der als Direktor des Pferdezuchtgestüts in Nauchas eine militärisch nicht unwichtige Funktion erfüllte.<sup>11</sup> Aus österreichischen Unterlagen ist ein weiterer Angehöriger der „Schutztruppe“, Walter Schöffler, bekannt.<sup>12</sup> Neben den Militärs kamen auch Zivilisten, über welche die anfänglich publizierten amtlichen Bevölkerungsstatistiken einen gewissen Überblick geben. Das Deutsche Kolonialblatt nennt für Anfang 1899 drei in Swakopmund lebende österreichisch-ungarische Staatsbürger, die alle als „Handwerker und Arbeiter“ klassifiziert sind, also vermutlich nur Männer.<sup>13</sup> 1902 werden schon 57 Österreicher verzeichnet, von denen die meisten (43) in Swakopmund lebten, je vier in Jakalswater und Hensis, zwei in Khan und je einer in Klein-Windhoek, Okakango, Karibib<sup>14</sup> und Otzombonda – zumeist also in Eisenbahnorten; 55 von ihnen waren „Handwerker und Arbeiter“, die beiden restlichen wurden zur Kategorie „Ansiedler, Farmer“ bzw. „Kaufleute“ gezählt.<sup>15</sup> Anfang 1903 wird eine gesunkene Zahl

---

<sup>9</sup> Persl. Mitteilung Gunther von Schumann (Namibia Wissenschaftliche Gesellschaft, Windhoek) vom 5. August 2002.

<sup>10</sup> Heinz Gustafsson, Namibia, Bremen und Deutschland. Ein steiniger Weg zur Freundschaft (Berlin 2003), S. 178 (Anm.).

<sup>11</sup> Theodor Leutwein, Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika (Berlin <sup>1</sup>1906, Windhoek <sup>4</sup>1997), S. 354.

<sup>12</sup> Katharina Stornig, Österreich-Ungarn und die deutsche Kolonialpolitik 1904-1914 mit besonderer Betrachtung der Herero- und Namakriege (Diplomarbeit Univ. Wien 2004), S. 145-147.

<sup>13</sup> Im Folgenden nach: Deutsches Kolonialblatt 10 (1899), S. 279; Jahresbericht über die Entwicklung der Deutschen Schutzgebiete im Jahre 1899/1900, in: Beilagen zum Deutschen Kolonialblatt 11 (1900), S. 141; ebda. 12 (1901), S. 554 und 557.

<sup>14</sup> Vermutlich der slowenische Schlosser Gerl, den Seiner dort auf der Heimreise traf (F. Seiner, Bergtouren und Steppenfahrten im Hererolande, Berlin 1904, S. 258).

<sup>15</sup> Deutsches Kolonialblatt 13 (1902), S. 340, 342 und 344.

von 40 angegeben, unter denen sich erstmals eine (einzige) Frau befand, von den Männern waren 38 „Handwerker und Arbeiter“ und nur einer „Ansiedler, Farmer“.<sup>16</sup>

Selbst aus diesen wenigen Daten lassen sich einige allgemeine Tendenzen erkennen. Erstens bildeten die österreichischen Immigranten unter den Weißen insgesamt (dominierend waren Deutsche und „Buren“) eine zwar kleine, um die Jahrhundertwende aber wachsende Gruppe; ihr relativer Anteil im Jahr 1902 betrug 2,74%. Ob dieser Anteil in den folgenden Jahren nun infolge von Rückwanderungen in die Heimat oder durch gelegentliche Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft sank, sei dahingestellt. Zweitens tritt hinsichtlich der Beschäftigung ein deutlicher Zusammenhang mit der Errichtung der sog. Staatsbahn Swakopmund – Windhoek (fertiggestellt 1902) zu Tage.<sup>17</sup> In ihrer überwiegenden Anzahl waren die Männer aus Österreich-Ungarn als „Handwerker und Arbeiter“ bei diesem Bahnprojekt beschäftigt, hatten möglicherweise ihren Weg nach Deutsch-Südwestafrika sogar über Rekrutierungsprogramme für Facharbeiter gefunden;<sup>18</sup> nur ein einziger österreichischer Einwanderer wird als „Ansiedler, Farmer“ bezeichnet. Und drittens schließlich läßt die Statistik die in der deutschen Kolonialdiskussion immer wieder beklagte Unausgewogenheit in der Geschlechterproportion („Frauenmangel“) erkennen. Erstmals ist 1903 eine Frau aus Österreich-Ungarn verzeichnet, fünf Jahre später wird von einer weiteren, Therese Gast, berichtet, die einen Schweizer Immigranten heiratete und mit diesem in Tsumeb lebte.<sup>19</sup> Der überwiegende Teil der Österreicher in der deutschen Kolonie muß also (wie auch die meisten übrigen männlichen Siedler) entweder ehelos gewesen oder in mehr oder weniger tolerierten Beziehungen mit einheimischen Frauen gestanden sein.

Als sich die militärische Niederwerfung des Aufstands der Herero und Nama, der von den österreichischen Medien aufmerksam beobachtet worden war (vgl. den Beitrag von Alexander Schober in diesem Band), und somit eine langfristige Stabilisierung der deutschen Herrschaft abzeichneten, stieg die Zahl der Auswanderer aus der Doppelmonarchie nach Deutsch-Südwestafrika neuerlich an. Dies ist einem Schriftverkehr des österreichisch-ungarischen Generalkonsulats in Kapstadt zu entnehmen, das sich 1906 veranlaßt fühlte, auf die unzureichenden Möglichkeiten zur konsularischen Betreuung dieser Personen („hauptsächlich Kroaten, Ungarn, Dalmatiner und Tiroler“) durch die k.u.k. Botschaft in London (!) zu verweisen. Mangels einer eigenen diplomatischen Vertretung vor Ort mußte sich dieselbe nämlich der Amtshilfe durch die deutschen Behörden bedienen, was immer weniger klappte.<sup>20</sup> Der Vorschlag, die

---

<sup>16</sup> Ebd. 14 (1903), S. 466-470. Die Zahl 40 nennt auch Leutwein, Elf Jahre Gouverneur, S. 232.

<sup>17</sup> Zum Bahnbau vgl. Klaus Dierks, Schmalspureisenbahnen erschließen Afrikas letzte Wildnis. Namibias Schienenverkehr zwischen Aufbau und Niedergang, in: Klaus Becker / Jürgen Hecker (Red.), Vom Schutzgebiet bis Namibia 1884-1984 (Windhoek 1985), S. 347-365; Brenda Bravenboer / Walter K. E. Rusch, The first 100 years of state railways in Namibia (Windhoek <sup>2</sup>1999).

<sup>18</sup> Für Namibia wissen wir von einem Geometer aus der Steiermark namens Nestle, der beim Bahnbau beschäftigt war und 1903 an Typhis verstarb. Ein analoger Fall ist jener des Robert Unterwelz, ebenfalls eines Steirers, der beim Ausbau der österreichischen Südbahn beschäftigt war und 1909 zu der in Bau befindlichen Zentralbahn in Deutsch-Ostafrika wechselte (frdl. Mitt. von Ingrid Oppenauer, die eine Dissertation über Unterwelz vorbereitet).

<sup>19</sup> Sandra Romer, Eine neue Heimat in Südwestafrika? Die Schweizer Auswanderung nach Namibia, 1870-1946 (Basel 2003), S. 135 f.

<sup>20</sup> „Anfänglich folgte die Erledigung der hieramtlichen Ersuchschreiben mit der grössten Pünktlichkeit und anscheinend mit grosser Bereitwilligkeit. In letzter Zeit ist jedoch in dieser Beziehung eine sichtliche Aenderung

Kompetenz zur Betreuung österreichisch-ungarischer Staatsbürger in Deutsch-Südwestafrika dem Generalkonsulat in Kapstadt zu übertragen, stieß bei der deutschen Regierung allerdings ebenfalls auf Ablehnung und wurde von Wien nicht mehr weiterverfolgt; es blieb bei der bisherigen Regelung (zur weiteren Entwicklung der österreichischen Emigration nach Namibia vgl. Manuela Macala in diesem Band).

## I.2. Die Mission im Großen Namaqualand

Intensivere Kontakte auf nicht-staatlicher Ebene entwickelten sich durch die katholische Missionierung. Maßgeblich dafür waren die Aktivitäten der Oblaten des heiligen Franz von Sales (OSFS), einer 1869 in Frankreich gegründeten Ordenskongregation<sup>21</sup>, welcher vom Heiligen Stuhl 1881/82 die Seelsorge unter den Nama übertragen worden war – zunächst nur in der nördlichen Kapkolonie, 1888 aber auch jenseits des Oranjefflusses, der die Grenze zwischen dem britischen und dem deutschen Hoheitsbereich bildete.<sup>22</sup> Eine rasche Missionsgründung im südlichen Namibia stieß allerdings auf Probleme, sodaß erst 1896 eine Farm namens Heirachabies bei Ariamsvlei im späteren Bezirk Warmbad angekauft wurde, die zum Zentrum der namibischen Salesianermission werden sollte.

Daß gerade Österreich „mit der Heranbildung zukünftiger Missionäre für die Mission im Hottentottenland“<sup>23</sup> beauftragt wurde, ging vor allem auf strategische Überlegungen des Ordens zurück. Aus kolonialpolitischen Gründen wurde von den Berliner Behörden nur deutschen Missionaren die Zulassung für deutsche Kolonien erteilt<sup>24</sup>, die Oblaten jedoch waren im Deutschen Reich zunächst nicht anerkannt. „Man mußte einen Umweg suchen, ... und diesen Umweg ließ uns Gott finden“, schrieb Pater Joseph Lebeau, der Gründer der österreichischen Oblatenprovinz, in späteren Jahren.<sup>25</sup> Mehrere (deutsch-polnische) Theologiestudenten wurden vom französischen Troyes nach Wien verlegt, wo aufgrund von Interventionen katholischer Adelskreise – u. a. des damaligen Außenministers, des polnischen Grafen Goluchowski – 1897 die staatliche Zulassung für Österreich erfolgte. Von hier konnte nun versucht werden, daß die Kongregation

---

eingetreten. Die Erledigung einfacher Zuschriften nimmt eine ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch und sind oft, trotz wiederholter Urgezen, Antworten nach Monaten nicht zu erlangen ... Da die Pünktlichkeit, Genauigkeit und Korrektheit der kaiserlich Deutschen Behörden im Allgemeinen wohl bekannt ist ... so habe ich nach genauer Erwägung einer Reihe von Beobachtungen den Eindruck gewonnen, dass das beklagte geringe Entgegenkommen gegenüber diesen G.-K. [Generalkonsulat] beabsichtigt sein mag. Ich kann mir jedoch keinen anderen Grund dafür denken, als dass man das G.-K. weil auf fremden Territorium gelegen, als Vertretungsbehörde nicht anerkennen will und möglicherweise über Auftrag, in höflicher Weise abzuwinken sucht.“ (HHStA, Gesandtschaftsarchiv London, Karton 157, Deutsch-Südwestafrika 1906).

<sup>21</sup> Vgl. zur Gründungsgeschichte Erich Hehberger, Die Oblaten des heiligen Franz von Sales in Österreich. Von den Anfängen bis zum Jahre 1930 (=Veröffentlichungen des kirchenhistorischen Instituts der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien 5, Wien 1967), S. 13-22; LThK VII (<sup>2</sup>1962), Sp. 1086.

<sup>22</sup> Franz Wehrl, Mission am Oranje. Geschichte der Oblaten-Mission der Vikariate Keimoes und Keetmanshoop nach Briefen, Tagebüchern und Visitationsberichten (Eichstätt 1994), S. 145-194; Hehberger, Oblaten, S. 100-104.

<sup>23</sup> zit. n. Das Licht I/1 (Jänner 1906), Vorsatzblatt.

<sup>24</sup> Wehrl, Mission am Oranje, S. 27.

<sup>25</sup> Zur Zulassung der Oblaten in Österreich vgl. Hehberger, Oblaten, S. 23-37; Zitat auf S. 30.

„in Afrika deutsches Gebiet evangelisiert und deutsche Priester dahin entsendet“<sup>26</sup>, womit auch die Hoffnung auf eine Anerkennung des Ordens im Deutschen Reich verbunden war. Als erste Missionspriester gingen 1899/1900 Johann Malinowski aus dem preußischen Teil Polens und der Rheinländer August Trüten zusammen mit vier geistlichen Schwestern nach Südwestafrika. In der Tat scheint sich der größere Teil der Missionare, die von der österreichischen Ordensprovinz rekrutiert wurden, aus Reichsdeutschen zusammengesetzt zu haben, doch meldeten sich immer wieder auch Österreicher wie der Steirer Andreas Auner oder der Wiener Franz Xaver Lipp, deren Ausreisen 1905 bzw. 1907 erfolgten.

Daß es nach einem karglichen Start in Heirachabies innerhalb weniger Jahre zu einem doch erheblichen Aufschwung kam, war nicht zuletzt der Förderung durch die deutschen Behörden nach dem Friedensschluß mit den aufständischen Nama zu verdanken, bei dem Malinowski eine Vermittlerrolle gespielt hatte (s. u.); die Kolonialverwaltung beauftragte den Orden, Missionsstationen im neuen Reservat für die Bondelzwarts zu errichten; diese entstanden 1907 in Gabis und Warmbad. Seitens des Heiligen Stuhls zog man die Konsequenzen aus der Entwicklung und erhob den vom Deutschen Reich kontrollierten Teil des Namaqualandes im Juli 1909 zu einer selbständigen Apostolischen Präfektur; der ebenfalls aus Deutsch-Polen stammende Oblatenpater Stanislaus von Krolkowski wurde zum ersten Präfekten des etwa 350.000 km<sup>2</sup> großen Missions Sprengels ernannt.<sup>27</sup> In den folgenden Jahren konnten die Missionare zahlreiche Außenstellen sowie weitere Stützpunkte u. a. in Lüderitz (1910) und Keetmanshoop (1913) eröffnen, was nicht zuletzt durch den fortschreitenden Ausbau der Eisenbahn erleichtert wurde. Mit September 1912 standen acht Priester, ein Laienbruder, elf Schwestern und 12 einheimische Katechisten im Dienste der Mission; die Zahl der Katholiken war auf 1.510 Europäer und 1.566 Einheimische gestiegen, nach Berechnungen der Missionare etwa 25% bzw. 15% der jeweiligen Bevölkerungsgruppe im „Großen Namaqualand“.<sup>28</sup>

Regelmäßige Briefe der im Einsatz befindlichen Priester, Laienbrüder und Schwestern, abgedruckt in der von der österreichischen Ordensprovinz seit 1906 herausgegebenen Monatszeitschrift Das Licht, geben uns einen detaillierten Überblick über die Entwicklung der Mission. Im Vordergrund stehen einerseits die materiellen Nöte – die Aufgabe, Kirchen und Unterkünfte für die Missionare zu bauen, Kleider für die getauften Nama aufzutreiben oder Geld für Medikamente, Nahrungsmittel etc. zu sammeln. Geld- oder Sachspenden kamen zunächst von nahestehenden Personen oder Vereinen in Österreich (so der St. Petrus Claver-Sodalität<sup>29</sup>), später aber auch von der Deutschen Kolonialgesellschaft sowie von den deutschen Behörden und Siedlern in Südwestafrika selbst.

Die mit zahlreichen Fotos illustrierten Berichte geben einen Einblick in die soziale Interaktion zwischen den europäischen (weißen) Missionaren und der lokalen (farbigen und weißen) Bevölkerung – natürlich einseitig aus der Perspektive der Missionare, weshalb eine Ergänzung durch mündliche Überlieferungen wünschenswert wäre. Greifen wir einige wesentliche Themen heraus. Durch Glaubenslehre, Liturgie und Schulunterricht wurden nicht nur religiöse, sondern auch „patriotische“ und soziale Werte vermittelt, nicht

---

<sup>26</sup> Ebda.

<sup>27</sup> Wehrl, Mission am Oranje, S. 278; zur Entwicklung der Mission generell ebda., S. 263-360.

<sup>28</sup> Das Licht VIII/86 (Februar 1913), S. 22.

<sup>29</sup> Zu dieser vgl. Sauer, Schwarz-gelb in Afrika, S. 75-77.

zuletzt – ein „Dauerbrenner“ deutscher Kolonialpädagogik – Arbeitsamkeit und Fleiß.<sup>30</sup> Besonderes Augenmerk wurde der Sprache als Medium der Instruktion gewidmet. Hatte man ursprünglich vor allem Afrikaans verwendet, so wurde später das Erlernen der Nama-Sprachen gefördert, teils weil man sich davon ein besseres Verständnis der Glaubenswahrheiten erhoffte<sup>31</sup>, teils weil dies die Attraktivität der katholischen Mission gegenüber den Protestanten hob, die angeblich nur in Afrikaans missionierten.<sup>32</sup> Liturgien an Festtagen wurden häufig mehrsprachig in Deutsch, Nama, Afrikaans und Latein abgehalten, Katechisten in verschiedenen Sprachen (später auch in Otjiherero) ausgebildet. Nach dem Sieg der deutschen Truppen kam es diesbezüglich zu einer stärkeren Politisierung: Afrikaans hätte nun keine Berechtigung mehr, wurde gesagt, und neben der Nama-Sprache rückte das Deutsche verstärkt in den Vordergrund.<sup>33</sup>

Während sich ein Teil der Berichte schablonenhaft mit der ethnologischen Klassifizierung der Missionierten beschäftigt (Ursprung, Charakter, Hochzeitsbräuche, Musik etc. der „Hottentotten“), gehen andere konkret – und manchmal sogar kritisch – auf die Lebensrealitäten der Bevölkerung ein: Armut, mangelhafte Ernährung durch Mißernten sowie das von der Kolonialmacht verhängte Jagdverbot<sup>34</sup>, schlechte Gesundheitsversorgung, Abhängigkeit von wenigen entlohnten Arbeitsmöglichkeiten z. B. auf Farmen oder in den weit entfernten Siedlungen. Häufig wird die armutsverursachte Arbeitsmigration der Nama als schädlich für die Missionstätigkeit und den Schulbesuch bedauert. Die erschrockene Notiz einer Schwester hält 1906 sogar eine Begegnung mit gefangenen Herero in Swakopmund fest.<sup>35</sup> Später, nach der Eröffnung der Station

---

<sup>30</sup> „Für das Gedeihen der Kolonien ist es notwendig, daß die Hottentotten zu tüchtigen Arbeitern herangebildet werden, viele Arbeiten könnte ein Weißer wegen des Klimas hier nicht leisten. Daneben muß den Hottentotten das Gefühl der Verantwortung und die Gewissenhaftigkeit beigebracht werden, damit sein [sic] Meister ihm vertrauen kann.“ (Franz X. Lipp, in: Das Licht IV/42, Juni 1909, S. 463).

<sup>31</sup> „Sehr wenig Hottentotten verstehen holländisch. Warum soll sich also nicht lieber der Missionär Mühe geben, die Sprache seiner Schäflein zu lernen, um ihnen die ewigen Heilswahrheiten vortragen zu können, als daß man die Leute zwingt, in einer fremden Sprache zu beten!“ (Schwester Paula Angela in: Das Licht IV/47, November 1909, S. 540).

<sup>32</sup> Deutsche protestantische Missionare hatten in dieser Region allerdings schon fünfzig Jahre früher in lokalen Sprachen missioniert. Vgl. Ursula Trüper, *The invisible woman Zara Schmelen. African Mission Assistant at the Cape and in Namaland* (Basel 2006).

<sup>33</sup> „Es ist sicher, daß die Eingebornen, die durch unsere Schule gehen, sich später nur mehr ihrer Muttersprache (Nama) und der deutschen Sprache bedienen werden.“ (Das Licht V/58, Oktober 1910, S. 712). Zum politischen Hintergrund dieser Entwicklung siehe Nils Ole Oermann, *Mission, church and state relations in South West Africa under German rule 1884-1915* (=Missionsgeschichtliches Archiv 5, Stuttgart 1999), S. 204.

<sup>34</sup> „Man sagt immer, die Hottentotten sollten arbeiten, wie viele sind aber zur Arbeit unfähig und die Jagd ist ihnen verboten! Ziegen haben sie in geringer Anzahl, wovon sollen sie also leben?“ (Pater F. X. Lipp in: Das Licht III/26, Februar 1908, S. 212).

<sup>35</sup> „Ach, wie unbeschreiblich groß ist das Elend dieser Menschen! Sie erwecken Mitleid, denn man scheint sie wie Sklaven zu behandeln. Sie wohnen in niedrigen Zelten oder Hütten aus Sackleinwand, in denen viele zu Skeletten abgemagerte Kranke liegen. Die Männer tragen, soweit sie nicht ein oder das andere europäische Kleidungsstück haben, um die Lenden einen langen Lederriemen, von dem Felle herabhängen, die Weiber um die Brust ein Leibchen, dann einen Schurz aus Fellen und an den Armen und Unterschenkeln Ringe als Schmuck. Diese Leute sind noch im Urzustande!“ (Schwester Emilia Konstanzia Schöpf in: Das Licht I/5, Mai 1906, S. 79).

in Lüderitz, geraten auch die Diamantenfelder und die Wanderarbeiter aus dem Ovamboland in das missionarische Blickfeld. Sind bei neuankommenden Missionaren gelegentlich rassistische Abwertungen feststellbar, so überwiegt später eine positive Haltung: „Ich glaube, mancher Pfarrer in Europa wäre froh, so eine Pfarrgemeinde zu haben.“<sup>36</sup>

Hatte man sich ursprünglich auf die Missionierung der Nama konzentriert und kirchliche wie soziale Kontakte eher zu Südafrika gehalten, so entwickelte sich mit der zunehmenden kolonialen Penetration des namibischen Südens und der kirchenrechtlichen Verselbständigung des Vikariats ein immer engeres Naheverhältnis zu den deutschen Behörden (was ja ohnehin der Ordensstrategie entsprach) und zu den europäischen Siedlern. Jährlich mußte Bericht an die Reichsregierung erstattet werden, was dem Vikar die Gelegenheit bot, die staatstreue Gesinnung der Mission zu betonen.<sup>37</sup> Hatte man schon während des Feldzuges im Süden die „Schutztruppen“ begleitet und deshalb die Mission vernachlässigen müssen (was bei einigen Priestern immerhin auf Bedauern stieß), so wurden die Oblaten 1911 auch offiziell mit der Übernahme der katholischen Militärseelsorge betraut, was natürlich wiederum Ressourcen von der Mission abzog. Auch durch die Eröffnung der Station in Lüderitz (einem „städtischen“ Zentrum) 1910 verstärkte sich die Einbindung in die deutsche Gesellschaft; Messen wurden nun (offiziell aus „Platzmangel“) getrennt für Schwarz und Weiß abgehalten, die Predigten prononcierter mit politischen Inhalten versehen. Im Gegenzug wurde die Mission verstärkt von prominenter Seite gefördert.<sup>38</sup>

Die fortschreitende Akzeptanz des Ordens durch die Behörden der Kolonie ging im Grunde auf die gute Zusammenarbeit der „Schutztruppe“ mit den Missionaren während des antikolonialen Aufstands der Nama zurück. Malinowski war es im Herbst 1903 gelungen, die getauften Nama in der Gegend um Heirachabies davon abzuhalten, ebenfalls zu den Waffen zu greifen, was eine erhebliche Schwächung der Aufständischen bedeutete; von Mission und lokaler Bevölkerung wurde den durchmarschierenden deutschen Truppen logistische Unterstützung gewährt.<sup>39</sup> Dennoch blieb im Namaqualand der Respekt vor den Geistlichen in einem Ausmaß erhalten, das es dem neuen Kommandanten der „Schutztruppe“, Berthold v. Deimling, erlaubte, Malinowski um die Vermittlung von Verhandlungen zu ersuchen.<sup>40</sup> Zwar blieben Reisen des Paters

---

<sup>36</sup> Johann Hetzenecker in: Das Licht V/54 (Juni 1910), S. 657.

<sup>37</sup> „Wir lehren unseren [sic] Eingebornen, daß ein guter Katholik der weltlichen Behörde gehorchen und sie respektieren muß; wir lehren sie, Sr. Majestät den Kaiser zu lieben und zu ehren und da jetzt ihr Land eine deutsche Kolonie ist, immer treue Untertanen des Deutschen Reiches zu bleiben...“ (Das Licht V/56, August 1910, S. 685).

<sup>38</sup> Besonders bemerkenswert die Unterstützung des (protestantischen) Schloßherrn Baron v. Wolf bei der Errichtung einer Außenstelle der Mission in Duwisib (Das Licht VII/82, Oktober 1912, S. 1098; ebda. VIII/90, Juni 1913, S. 88). Zur kurzen Geschichte derselben (der Missionar mußte Ende 1914 kriegsbedingt abgezogen werden) vgl. Harald N. Nestroy, Duwisib die deutsche Ritterburg in Namibia und ihr Burgherr Hansheinrich von Wolf (Windhoek 2002), S. 76-79.

<sup>39</sup> Das Licht IV/39 (März 1909), S. 417 f. Zum Kriegsverlauf vgl. Werner Hillebrecht, Die Nama und der Krieg im Süden, in: Jürgen Zimmerer / Joachim Zeller (Hg.), Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen (Berlin 2003), S. 121-133.

<sup>40</sup> Vgl. Horst Drechsler, Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft. Der Kampf der Herero und Nama gegen den deutschen Imperialismus 1884-1915 (Berlin/DDR<sup>2</sup>1984), S. 193-197; in Österreich wurde eine mit zahlreichen Fotos ausgestattete Darstellung des Missionars veröffentlicht: J. Malinowski, Bericht über sein Wirken für den Friedensschluß in Deutsch-Südwestafrika an seinen Provinzial in Wien (Wien 1907).



zu Jacob Marengo, einem der herausragendsten Führer des Aufstands, erfolglos, Gespräche mit dem Kapitän der Bondelzwarts, Johannes Christian, und seinen Hauptleuten führten jedoch zu einem ersten Ergebnis. Wochenlange Verhandlungen, zuletzt in Heirachabies selbst abgehalten, mündeten schließlich im Dezember 1906 in den sog. Weihnachtsfrieden von Ukamas, der die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Truppen der Deutschen und der Bondelzwarts beendete; letztere stimmten (wohl auch in realistischer Einschätzung der militärischen Lage) ihrer Entwaffnung zu, wogegen ihnen die Umsiedlung in ein eigenes Reservat sowie Viehbestände zugesagt wurden.<sup>41</sup> Malinowski, dem auch von den Bondelzwarts mehrfach für den geschlossenen Frieden gedankt worden sein soll<sup>42</sup>, wurde vom deutschen Kaiser hoch dekoriert und bei seiner Rückkehr nach Deutschland als Held gefeiert. Die Bedeutung der katholischen Mission für die politische Stabilität in der Region stand fortan außer Frage und wurde von den Behörden mehrfach, so 1908 durch einen Besuch von Kolonialstaatssekretär Dernburg in Heirachabies, anerkannt.<sup>43</sup>

Allerdings war dieser Frühling der österreichischen Mission von kurzer Dauer. 1912 ließ Präfekt v. Krolkowski eine nach dem rassistischen Eheverbot von 1905 „illegale“ Mischehe zu, was in einen öffentlichen Skandal mündete und zu einer Entfremdung gegenüber den Kolonialbehörden führte.<sup>44</sup> Kurz darauf machte sich auch die weltpolitische Entwicklung bemerkbar. Gleich mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurden die Laienbrüder (darunter zwei Österreicher) zur „Schutztruppe“ einberufen, und die Priester hatten ihre Aufgaben als Militärseelsorger wahrzunehmen.<sup>45</sup> Anfängliche Hoffnungen, daß es „den Engländern“ nicht möglich sein würde, den Süden der Kolonie zu erobern, erwiesen sich als haltlos. Schon im März 1915 wurden „Kämpfe in der Nähe unserer Missionsstationen“ gemeldet<sup>46</sup>, und einen Monat später hatten die Truppen des Generals Botha das Groß-Namaland bereits zur Gänze besetzt. Die meisten männlichen Angehörigen der Oblatenmission, darunter auch der österreichische Laienbruder Franz Cutka, gerieten in Gefangenschaft; Pater Andreas Auner wurde von den südafrikanischen Behörden 1919 ausgewiesen.<sup>47</sup>

### I.3. Beiträge zum kolonialen Wissenserwerb

---

<sup>41</sup> Weitere Verhandlungen des Paters mit dem angeblich friedensbereiten Marengo führten 1907 zwar zur Rückkehr von 92 Personen aus dessen Gefolge, nicht aber des Kommandanten selbst, der kurz darauf von britischen Truppen gefangen genommen wurde (J. R. Masson, A fragment of colonial history: The killing of Jakob Marengo, in: *Journal of Southern African Studies* 21/2, 1995, S. 247-256, hier: S. 251-253).

<sup>42</sup> Seine Abreise nach Europa 1907 erregte allerdings Bestürzung, wohl weil man fürchtete, er würde nun die im Rahmen der Friedensverhandlungen persönlich übernommenen Garantien nicht mehr einhalten können (Das Licht III/28, April 1908, S. 245 f.).

<sup>43</sup> Ebd. III/35 (November 1908), S. 359.

<sup>44</sup> Oermann, Mission, church and state relations, S. 197 f.; zur eherechtlichen Problematik siehe u. a. Franz-Josef Schulte-Althoff, Rassenmischung im kolonialen System. Zur deutschen Kolonialpolitik im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Historisches Jahrbuch* 105 (1985), S. 52-94; Frank Becker (Hg.), *Rassenmischehen – Mischlinge – Rassentrennung. Zur Politik der Rasse im deutschen Kolonialreich* (Stuttgart 2004).

<sup>45</sup> Das Licht X/107 (Jänner 1915), S. 8.

<sup>46</sup> Ebd. X/110 (April 1915), S. 55.

<sup>47</sup> Hehberger, Oblaten, S. 104; zur Geschichte der Mission während des Krieges Wehrl, Mission am Oranje, S. 369-377.

Generell erforderte Kolonialismus im Interesse seiner Nachhaltigkeit auch die Schaffung einer umfassenden Wissensbasis über die zu erobernden oder zu erschließenden Gebiete. Informationen mußten, oft mit geheimdienstlichen Methoden, gesammelt werden für militärische oder verwaltungstechnische Zwecke (Aufklärungstätigkeit), zur kolonialwirtschaftlichen Erschließung (Auftragsforschung) oder zur Vertiefung eines auf die Beherrschung von Natur und Mensch ausgerichteten evolutionären Weltbilds (Grundlagenwissenschaft). Gerade in den frühen Phasen der kolonialen Entwicklung beruhte diese Wissensbasis häufig auf den Berichten von – fachlich mehr oder weniger qualifizierten – Reisenden, die in der Heimat teils von kolonialpolitischen Stellen, teils von wissenschaftlichen Institutionen ausgewertet wurden. Im Falle der gerade erst etablierten deutschen Kolonialherrschaft in Südwestafrika sind mehrere solche Reisen zur Informationsbeschaffung zu nennen, die ihren Ursprung in der Habsburgermonarchie hatten.

Franz Seiner, Redakteur bei der radikal deutschnationalen Tagespost in Graz, war zunächst während des Südafrikanischen Krieges als Söldner auf der Seite der Buren ins Südliche Afrika gekommen, im Verlauf der Kampfhandlungen aber gefangengenommen und nach Österreich-Ungarn zurücktransferiert worden.<sup>48</sup> Eine schwere Tuberkuloseerkrankung, die er im subtropischen Klima Afrikas zu kurieren hoffte, brachte ihn Ende 1902 nach Namibia. Diese Reise (1902/03), zu (gesundheits-) touristischen Zwecken, führte ihn über Swakopmund und Windhoek ins sog. Hereroland; einen ausführlichen Bericht dazu – aus Aktualitätsgründen mit einem Kapitel „Der Hereroaufstand und das Händlerwesen“ ergänzt – veröffentlichte er 1904 in Berlin.<sup>49</sup> Dadurch zog er die Aufmerksamkeit kolonialistischer Lobbies auf sich. Empfehlungen der Deutschen Kolonialgesellschaft sowie der Berliner Anthropologischen Gesellschaft trugen im April 1905 zum Abschluß einer Vereinbarung zwischen Seiner und der Kolonialabteilung des deutschen Auswärtigen Amtes bei, derzufolge Letzteres sich zur Subventionierung von weiteren Reisen des Journalisten im Nordosten der Kolonie bereit erklärte, sofern dabei eine genau spezifizierte „Forschungs“agenda befolgt würde. „Der wichtigste, überraschende Punkt betrifft aber die Verpflichtung Seiners zur Geheimhaltung seiner wirklichen Aufgabe im Dienste der Kolonialabteilung, nämlich der Erkundung der politischen Verhältnisse im Caprivizipfel. Die Reise Seiners soll daher, im eigenen Interesse aber auch im Gelingen des Plans, privaten Charakter haben...“<sup>50</sup>

„Privat“ bereiste Seiner somit in den folgenden Jahren den östlichen Caprivi Strip samt Grenzgebiet auf der zambischen Seite (Sesheke und Livingstone), die mittlere Kalahari zwischen Ngamisee (Botswana) und Gobabis, die Omaheke von Gobabis bis Grootfontein sowie schließlich ein weiteres Mal den östlichen Caprivi; letzteres Unternehmen freilich mußte 1912 infolge einheimischen Widerstands und einer schweren Verletzung des Reisenden abgebrochen werden. Der kolonialpolitische Zweck dieser Touren wurde weitgehend erfüllt: „All diese Reisen ... sind [in Berliner und Windhoeker Archiven] gut dokumentiert ... brachte [Seiner] die für die deutschen Kolonialbehörden so wertvollen Messdaten und zahlreiche

---

<sup>48</sup> Zu den biographischen Angaben vgl. Helga Kostka u. a., Seiner Zeit. Redakteur Franz Seiner (1874 bis 1929) und seine Zeit (Graz o. J. [2007]); Elisabeth Lebensaft u. a., Art. Seiner Franz, in: ÖBL XII (Wien 2005), S. 141 f.

<sup>49</sup> Franz Seiner, Bergtouren und Steppenfahrten im Hererolande (Berlin 1904).

<sup>50</sup> Kostka, Seiner Zeit, S. 146. Eine Übersicht über Seiners (vermutlich von der deutschen Zensur freigegebenen) Publikationen über die Reisen der folgenden Jahre findet sich ebda., S. 309 f.

Sammlungen mit...<sup>51</sup> Neben der Beschaffung geheim bleibender politischer Informationen führte Seiner wirtschaftsgeographische Studien durch, kartographierte u. a. das Okavango-Delta und lieferte Material für einen zwischen Berlin und Wien eng koordinierten Forschungsschwerpunkt, nämlich die „rassenanthropologische Untersuchung“ der San. „Er nahm akribische Messungen an Hai//om Individuen vor, Maße wie ‚Körperhöhe‘, ‚Hautfarbe Nummern‘, ‚Klafterbreite‘ sowie Beschreibungen von beispielsweise des ‚Schädels‘, des ‚Rassenohres‘ oder des ‚Urogenitalapparates‘ lassen an der rassentheoretisch geleiteten Perspektive keinen Zweifel... Die meisten – wenn nicht alle – seiner Untersuchungen fanden in Gefängnissen statt, wo Hai//om überwiegend für Viehdiebstahl oder Landstreicherei einsaßen.“<sup>52</sup>

Nicht nur diese Körpermessungen an den San, auch seine arroganten Verhaltensweisen im Caprivi<sup>53</sup> werden von Historiker/inn/en heute verschiedentlich kritisiert. Seiners Informationen hingegen, wiewohl in einem politisch problematischen Kontext entstanden, sind im großen und ganzen als hochwertig anerkannt.<sup>54</sup> Sowohl Botswana als auch Namibia nahmen in den 1990er Jahren in ihrem Grenzstreit über eine Insel des Chobe auch auf die Landkarten des steirischen Journalisten Bezug (das Urteil des Internationalen Gerichtshofes erkannte 1999 allerdings Landkarten grundsätzlich nicht als Beweismittel an).<sup>55</sup> Wie zahlreiche Kolonialforscher dieser Zeit zählte auch Seiner zu den Kritikern der Verwaltungspraxis in den deutschen Kolonien, wobei er sich zunächst den Protest radikaler Siedler gegen die ihrer Ansicht nach zu „milde“ und „doktrinäre“ Politik Leutweins zu eigen machte<sup>56</sup> und für eine rasche Eroberung des Ovambolandes eintrat.<sup>57</sup> Mit zunehmender Landeskenntnis jedoch veränderte sich diese Haltung zu einer partiellen Kritik an brutalen Methoden der deutschen „Eingeborenenpolitik“, was 1912 zu einem scharfen Protest von Gouverneur Theodor Seitz gegen Seiners Berichte, „wie sie nur dem Gehirne eines überspannten und überängstlichen Mannes entspringen können...“, führte.<sup>58</sup> Mehrfache Konflikte mit den Kolonialbehörden in Berlin und letztlich sogar die Einstellung der Subventionen des Auswärtigen Amtes an ihn waren die Folge.

Hatte Franz Seiner im wesentlichen als Autodidakt und in enger Abstimmung mit den Berliner Behörden agiert, so geht der zweite österreichische Beitrag zur kolonialen Wissensbasis Deutsch-Südwestafrikas auf einen prominenten Wissenschaftler mit entsprechender institutioneller Absicherung zurück: den Anthropologen Rudolf Pöch, der das Südliche Afrika 1907-09 im Auftrag der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien „zum Studium der noch lebenden Reste der Buschmannrassen“ bereiste.<sup>59</sup> Rund

---

<sup>51</sup> Ebd., S. 137.

<sup>52</sup> Ute Dieckmann, Hai//om zwischen „Buschmannplage“ und San Aktivismus: Koloniale Repräsentationen und postkoloniale Aneignung von Ethnizität im Namibia des 20. Jahrhunderts (=Basler Afrika Bibliographien. Working Paper 2/2006), S. 7.– Vgl. F. Seiner, Beobachtungen an den Bastard-Buschleuten der Nord-Kalahari, in: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien XXXIII/1-2 (1913), S. 311-324.

<sup>53</sup> Maria Fisch, Der Caprivizipfel während der deutschen Kolonialzeit 1890-1914 (Windhoek <sup>2</sup>1998), S. 43 f.

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> <http://www.icj-cij.org/icjwww/idocket/index.php> (Case concerning Kasikili/Sedudu Island, Botswana/Namibia); Zugriffe vom 23. Februar 2005 und 28. Dezember 2007.

<sup>56</sup> Seiner, Bergtouren und Steppenfahrten, S. 24-26, 234 f. u. ö.

<sup>57</sup> Ebd., S. 277.

<sup>58</sup> Kostka, Seiner Zeit, S. 167 u. ö.

<sup>59</sup> Zum Verlauf der Reise, die u. a. den namibischen Anteil der Kalahari durchquerte, siehe Rudolf Pöch, Reisen ins Innere Südafrikas zum Studium der Buschmänner in den Jahren 1907 bis 1909, in: Zeitschrift für Ethnologie

um die Akademie der Wissenschaften hatte sich seit ihrer Gründung 1847 ein Cluster kolonialer Hilfswissenschaften herausgebildet, als dessen weitere institutionelle Zentren die Wiener Geographische Gesellschaft (gegr. 1855) und die Anthropologische Gesellschaft (gegr. 1870) fungierten; hinzu kamen die entsprechenden Abteilungen und Institute am Naturhistorischen Museum und an der Universität Wien sowie das renommierte Militärgeographische Institut.<sup>60</sup>

Pöch, aus Tarnopol im österreichischen Galizien stammend, hatte bereits als junger Arzt mehrere Forschungsaufträge der Akademie ausgeführt und stand zum angegebenen Zeitpunkt vor seiner Habilitation für Anthropologie und Ethnographie an der Universität Wien.<sup>61</sup> Wie sein akademischer Lehrer Felix von Luschan – ein niederösterreichischer Anatom, der seit Mitte der 1880er Jahre als physischer Anthropologe am Museum für Völkerkunde in Berlin tätig war – steht auch Pöch für die „oft fragwürdigen Zugänge, Methoden, Inhalte und Traditionen eines Faches, das sich über weite Strecken seiner Entwicklung als ‚Rassenkunde‘ verstand und auch ethisch fragwürdige Vorgehensweisen für die Datenakquisition akzeptierte.“<sup>62</sup> Im Unterschied allerdings zu v. Luschan, der vor allem von Berlin aus die Sammeltätigkeit des Museums koordinierte, bevorzugte Pöch das persönliche Engagement vor Ort.

Seine fast zweijährige Reise durch das Südliche Afrika – durch Teile der heutigen Staaten Namibia, Botswana, Zimbabwe und vor allem Südafrika – war der Erforschung der sog. „Buschmänner“ gewidmet, also einer Thematik, die v. Luschan – zusammen mit den „Altertümern von Rhodesia“, der „Eingeborenenpolitik der britischen Regierung“ u. a. – zu den sechs „wichtigsten anthropologischen Problemen in Südafrika“ gezählt hatte.<sup>63</sup> Dabei ging es vor allem um die Definition von Kriterien der sog.

---

42/1 (1910), S. 357-362, hier: S. 357; ders., Meine beiden Kalahari-Reisen 1908 und 1909, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1 (1911), S. 24-35 sowie die laufende Berichterstattung in Anzeiger der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse XLVI (Wien 1909), passim. Siehe ferner Hirschberg Walter, Völkerkundliche Ergebnisse der südafrikanischen Reisen Rudolf Pöch's in den Jahren 1907 bis 1909 (=Rudolf Pöch's Nachlaß, hg. von der Anthropologischen Gesellschaft in Wien. Serie B: Völkerkunde, Bd. 1, Wien 1936).

<sup>60</sup> Übersicht bei Christian F. Feest, The Origin of Professional Anthropology in Vienna, in: Britta Rupp-Eisenreich / Justin Stagl (Hg.), Kulturwissenschaft im Vielvölkerstaat. Zur Geschichte der Ethnologie und verwandter Gebiete in Österreich, ca. 1780-1918 (Wien-Köln-Weimar 1995), S. 113-131; Robert Messner, Das Wiener Militärgeographische Institut. Ein Beitrag zur Geschichte seiner Entstehung aus dem Mailänder Militärgeographischen Institut, in: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 23-25 (1967-69), S. 206-292 (mit weit. Lit.). Zur Rolle dieser Wissenschaftsinstitutionen im kolonialen Kontext vgl. Walter Sauer, Jenseits der „Entdeckungsgeschichte“: Forschungsergebnisse und Perspektiven, in: ders. (Hg.), k. u. k. kolonial, S. 7-15.

<sup>61</sup> Zur Biographie vgl. Margarete Weninger, Art. Pöch Rudolf, in: ÖBL VIII (1983), S. 138 f.; Johann Szilvássy / Paul Spindler / Herbert Kritscher, Rudolf Pöch – Arzt, Anthropologe und Ethnograph, in: Annalen des Naturhistorischen Museums in Wien 83 (1980), S. 743-762. Unter Leitung der Direktorin der Anthropologischen Abteilung am Naturhistorischen Museum, Maria Teschler-Nicola, wird dzt. ein großangelegtes Projekt zur Erschließung der ziemlich zerstreuten Sammlungen Pöch's durchgeführt (<http://poech.fox.co.at>).

<sup>62</sup> Maria Teschler-Nicola, Felix von Luschan und die Wiener Anthropologie, in: Peter Ruggendorfer / Hubert Szemethy (Hg.), Felix von Luschan – Arzt, Anthropologe, Forschungsreisender und Ausgräber. Akten des Symposiums zu seinem Leben und Wirken, Hollabrunn 22.-24. April 2005 (in Vorbereitung); vgl. auch Andrew Zimmerman, Anthropology and antihumanism in imperial Germany (Chicago-London 2001), passim.

<sup>63</sup> F. v. Luschan, Bericht über eine Reise in Südafrika, in: Zeitschrift für Ethnologie 38 (1906), S. 863-895, hier: S. 866.

„Rassenreinheit“ von „Buschmännern“ im Südlichen Afrika, die Bestimmung ihrer Position im Gesamten der Evolution sowie um die Klärung ihrer (physiologischen) Beziehung zu anderen „Rassen“. Von den wirtschaftlichen Verwertungsinteressen der kolonialen Behörden, für die vor allem die Arbeitskraft der San im Zentrum stand, war diese Art von Grundlagenwissenschaft schon weit entfernt.<sup>64</sup> Mit der ihm eigentümlichen Effizienz führte Pöch zahlreiche Körpervermessungen an „Buschmännern“ durch, studierte Sprachen und Ortsnamen der San und sammelte menschliche Skelette und Schädel. Wie schon bei einer früheren Forschungsreise nach Neuguinea fertigte Pöch auch in Südwestafrika kinematographische Aufnahmen von San-Gruppen und ihren Aktivitäten an;<sup>65</sup> in einem Fall konnte man parallel aufgenommene Ton- und Filmaufnahmen von einem Mann namens Kubi im Nachhinein sogar zu einem Tonfilm kombinieren.<sup>66</sup>

Die österreichische kolonialwissenschaftliche Tradition sieht die Aktivitäten Rudolf Pöch's, des „Gründers der Wiener Schule der Anthropologie“, bislang weitgehend affirmativ. „Pöch proved himself to be a supreme fieldworker who made use of the latest technology in making photographs, films, and sound recordings. ... his work was of high professional quality ...“<sup>67</sup> Von bisherigen Biographen wurden vor allem seine umfangreichen Sammlungen „menschlicher Überreste“ zum Zweck der Forschung und Musealisierung gewürdigt: „Pöch's Verdienste um die Anthropologie lagen in der Ausbeute aus seinen Forschungsreisen, bei denen er große Schädel- und Skelettsammlungen erwerben konnte, und in den Ergebnissen von Messungen an Hunderten von Eingeborenen...“<sup>68</sup> Diametral entgegengesetzt allerdings verläuft die wissenschaftliche Forschung im heutigen Südafrika, wo sich die South African Museums Association 1996 in einem speziellen Workshop mit „sensiblen Sammlungen“ auseinandersetzte und eine darauffolgende Publikation die Rolle der südafrikanischen Museen im Handel mit menschlichen Gebeinen thematisierte.<sup>69</sup> Der Aktenlage zufolge dürfte Pöch der wichtigste ausländische Aufkäufer von (San-) Skeletten und Knochen in Südafrika gewesen sein und zum Teil unter dubiosen Umständen agiert haben;<sup>70</sup> ob Ähnliches auch für Deutsch-Südwestafrika zutrifft, bleibt noch zu untersuchen.

## II. Koloniale Nostalgie: Österreichbeziehungen während der südafrikanisches Mandatszeit, 1920-1966

---

<sup>64</sup> Dazu Dieckmann, Zwischen „Buschmannplage“ und San Aktivismus, S. 6-8.

<sup>65</sup> Paul Spindler, Die Filmaufnahmen von Rudolf Pöch, in: Annalen des Naturhistorischen Museums in Wien 78 (1974), S: 103-108, hier: S. 104 f.; ders., Die Filmkamera von Rudolf Pöch, in: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien 105 (1975), S. 53-55.

<sup>66</sup> Dietrich Schüller, Das Pöch-Tonfilmprojekt. Ein erster Entwurf, in: Wiener Ethnohistorische Blätter 27 (1984), S. 157-161.

<sup>67</sup> Feest, Origin of Professional Anthropology in Vienna, S. 127.

<sup>68</sup> Herbert Kritscher / Johann Szilvássy / Gertrud Hauser, Zur Geschichte der physischen Anthropologie in Österreich, in: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien 125/126 (1995/96), S. 43-82, hier: S. 63 f.

<sup>69</sup> Martin Legassick/Ciraj Rassool, Skeletons in the cupboard. South African museums and the trade in human remains, 1907-1917 (Cape Town-Kimberley 2000).

<sup>70</sup> Dies wirft natürlich die Frage nach verantwortungsvollen Reaktionen der Wiener Museen heute auf: Walter Sauer, Vom Handel mit menschlichen Gebeinen, in: INDABA (Wien), Heft 54/07, S. 29.

Mit Ende des Ersten Weltkriegs veränderten sich die Rahmenbedingungen auf beiden Seiten. Die von südafrikanisch-britischen Truppen eroberte Kolonie Deutsch-Südwestafrika wurde vom Völkerbund 1920 als sogenanntes C-Mandat (also mit weitgehenden Vollmachten) an die Union von Südafrika vergeben. Und die alte Habsburgermonarchie – ein 50-Millionen-Staat, der von Norditalien bis in die Westukraine, von Böhmen bis ins rumänische Transsylvanien gereicht hatte – zerfiel in eine Reihe von Nationalstaaten, darunter eine wirtschaftlich und politisch wenig stabile, zwischen Kaisernostalgie, Deutschnationalismus und pragmatischem Sozialismus hin- und hergerissene Republik Österreich. Allenfalls von der Monarchie übernommene Verbindungen zu Afrika schrumpften generell auf ein Minimum und verblieben innerhalb des etablierten Rahmens: Während staatliche Initiativen kaum denkbar waren und mit wenigen Ausnahmen auch der Handelsverkehr beschränkt blieb, wurden Kontakte in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen (v. a. Tourismus/Emigration, Mission oder Forschung) gepflegt.

In Bezug auf Südwestafrika kam es durch die staatspolitischen Veränderungen zu keiner grundsätzlichen Zäsur; Beziehungen zu deutschen Siedlerkreisen blieben, wenn auch auf Sparflamme, in der Regel erhalten, neue Initiativen wurden nicht gesetzt. Als wohl am Dauerhaftesten erwiesen sich die Verbindungen der katholischen Kirche. Schon kurz nach Kriegsende wurde von neuem mit Spendensammlungen für die „Hottentotten-Mission“ begonnen.<sup>71</sup> Österreichische bzw. deutsche Seelsorger/innen waren damals freilich in britischen Kolonien gar nicht zugelassen (und noch weniger in den Mandatsgebieten), weil London in ihnen deutschnationale Propagandisten und somit potentielle Unruhestifter erblickte. Interventionen des Heiligen Stuhls, vorsichtig unterstützt durch den österreichischen Bundeskanzler Johann Schober, gelang es 1921 allerdings, eine Lockerung des Verbots für einen Teil der britischen Kolonien zu erreichen, vorerst allerdings nicht für die früheren deutschen Gebiete.<sup>72</sup> Schrittweise begann sich die Situation allerdings zu verändern. War zwischen 1913 und 1921 kein Priester aus der österreichischen Ordensprovinz mehr nach Südwestafrika ausgereist<sup>73</sup>, so stellte die Emigration von katholischen Missionaren (und Missionsschwestern) ab den 20er Jahren einen beachtlichen Teil der – an sich nicht sehr umfangreichen – heimischen Auswanderung in das Mandatsgebiet dar (vgl. den Beitrag von Manuela Macala in diesem Band). Da gleichzeitig Oberösterreich als jenes Bundesland aufscheint, in welchem die meisten Reisepässe ausgestellt wurden, ist anzunehmen, daß es sich hierbei v. a. um die Oblat/inn/en des hl. Franz von Sales handelte, die nach dem Krieg ihre Präsenz in Oberösterreich massiv ausgebaut hatten.<sup>74</sup> Im Jahr 1930 waren jedenfalls wiederum vierzehn deutsche und österreichische Priester, vier Brüder und 27

---

<sup>71</sup> Vgl. z. B. Kleiner Missionsbote. Mitteilungen für die Mitglieder des Missions-Vereines für Frauen und Jungfrauen II/1 (1919), S. 15; die Erträge wurden jedoch nicht den Missionaren vor Ort übermittelt, sondern für Ausbildungszwecke in Österreich verwendet.

<sup>72</sup> „This undertaking will not apply to ex-German Colonies or portions thereof to be administered by His Majesty's Government under Mandate, or to the adjoining territories under British administration, since the circumstances of these districts, which were the theatre of hostilities, are exceptional, and for some time to come a degree of supervision will be required in them which is not necessary elsewhere.“ (Schreiben des britischen Botschafters Edward Keeling an Bundeskanzler Schober vom 21. September 1921 [ÖStA/AdR, 01/Äußeres, Neues Politisches Archiv, Liasse Österreich 3, Karton 257, fasc. 3/6]).

<sup>73</sup> Wehl, Mission am Oranje, S. 388 – wohl aber eine Missionsschwester, die – wohl als letzte – 1913 in der Kolonie eintraf (frdl. Mitteilung von Manuela Macala).

<sup>74</sup> Hehberger, Oblaten, S. 59-74.

Schwestern im Groß-Namaland tätig; zwei Jahre später erhob der Heilige Stuhl die Präfektur zu einem Vikariat und ernannte Josef Kleemann zum ersten Bischof (mit Sitz in Keetmanshoop).<sup>75</sup>

Wenig wissen wir über die zweifellos weiterbestehenden Verbindungen deutschnationaler Kreise. Ein Indiz für vereinzelte Emigration bietet die Familiengeschichte Herrmann von Wissmanns, des seinerzeitigen Kommandanten der „Schutztruppe“ in Deutsch-Ostafrika und späteren Gouverneurs, der sich nach seiner Pensionierung in der Steiermark angesiedelt hatte und dessen Gutshof in der Nähe von Liezen zu einem Treffpunkt deutscher Kolonialkreise geworden war; Wissmanns Schwiegersohn, der vor der Münchner Räteregierung geflüchtete U-Boot-Kommandant Brami Valentin Andreae, wanderte 1926 nach Südwafrika aus, sein Sohn (also Wissmanns Enkel) folgte zehn Jahre später.<sup>76</sup> Auch in der „internationalen Emigrantenorganisation“, wie sie sozialutopistisch vom Wiener Arbeitslosen Peter Waller projiziert wurde, spielte „Windhuk“ als 15. Provinz der „Deutschen in der Welt“ eine Rolle.<sup>77</sup> Kolonialrevisionistische Aktivitäten wurden in gewissen Kreisen (und Regionen) mit Interesse verfolgt, etwa 1930 der Besuch des Kreuzers Karlsruhe „im früheren Deutsch-Südwafrika“: „Die dort ansässigen Deutschen empfingen die Besatzung mit großer Herzlichkeit und vereinigten sich mit ihr zu [sic] Gedenkfeier vor dem Kriegerdenkmal in Swakopmund.“<sup>78</sup> Nachdem eine Abordnung des Südwafrikanischen Sängerbundes 1928 am 10. Deutschen Sängerbundesfest in Wien teilgenommen hatte, ernannte derselbe ein Jahr später in Karibib den Musiker Viktor Keldorfer, damals Chormeister des Wiener Schubertbundes, zum Ehrenmitglied „für sein verdienstvolles Wirken im Dienste des deutschen Liedes.“<sup>79</sup>

Auch die durch v. Luschan, Seiner und Pöch begründete Tradition rassenkundlicher Forschungen in Südwafrika setzte sich weiter fort.<sup>80</sup> 1926-28 unternahm Viktor Lebzelter<sup>81</sup>, einer der zu Unrecht weniger bekannten Vertreter der „Wiener Schule der Völkerkunde“<sup>82</sup>, mit seiner jungen Ehefrau Maria eine

---

<sup>75</sup> Das Licht 25/1-2 (1932), S. 26; zur Entwicklung der Mission bis zum Ende des 2. Weltkriegs Wehrl, Mission am Oranje, S. 377-474.

<sup>76</sup> Brami Andreae, Die Afrikanische Herausforderung. Das Wirken dreier Generationen einer deutschen Familie (Windhoek 1999), S. 12 f.

<sup>77</sup> Nach der vermutlich eigenhändigen kartographischen Visualisierung durch „Großwodosch“ Waller im Heimatmuseum „Medaria“ in Matrei in Ostirol. Vgl. Wolfgang Kudrnofsky, Der Messias von der Lobau (Wien 1983).

<sup>78</sup> Salzkammergut-Zeitung (Gmunden), 2. November 1930. Zur österreichischen Beteiligung am deutschen Kolonialrevisionismus vgl. Gregory Weeks, Die Rolle der „Ostmark“ in der deutschen Kolonialpolitik 1918-1945 (geisteswiss. Diss. Univ. Graz 2002).

<sup>79</sup> Die Neue Zeitung (Wien), 15. September 1929.

<sup>80</sup> Neben den „großen Reisen“ sind zahlreiche Routinekontakte in Rechnung zu stellen. So erhielt das Naturhistorische Museum in Wien von einem Kapitän Kohn eine Serie von 27 Schädeln aus dem West-Ovamboland, über welche Lebzelter im Inventarbuch vermerkte: „Alle diese Schädel stammen von Individuen, die im Hungerjahre 1916 in großen Scharen mit ihren restlichen Tieren ins Hereroland flüchten wollten, am Wege dahin aber Hungers starben und deren Reste zu Hunderten und Tausenden später im Busch gefunden wurden.“ (zit. n. Johann Szilvássy, Führer durch die Anthropologische Schausammlung, Wien 1978, S. 38).

<sup>81</sup> Zur Biographie vgl. Margarete Weninger, Art. Lebzelter Viktor, in: ÖBL V (Wien 1972), S. 68. Die Darstellung im folgenden nach Susanne Lebzelter, Die Afrikareise des Viktor Lebzelter 1926-1928 (Wien 2005).

<sup>82</sup> Dazu ausführlich Adelheid Mayer, Die Völkerkunde an der Universität Wien bis 1938 (Geisteswiss. Diplomarbeit Univ. Wien, 1991).

zweijährige Reise nach Südafrika und Namibia mit Abstechern in den Süden Angolas und nach Swaziland. Das Unternehmen war vom Doyen der in Wien damals dominierenden „völkerkundlichen“ Forschungsrichtung, dem Missionswissenschaftler Pater Wilhelm Schmidt, initiiert worden, der dadurch Material für seine zwölbändige, gegen moderne sozialwissenschaftliche Ansätze gerichtete Apologie eines „Ur-Monothismus“ in sog. Primärkulturen (wie z. B. der San) erhalten wollte; die Expedition wurde vom Vatikan mitfinanziert.<sup>83</sup> Vor allem in „Eingeborenenreservaten“ sollte Spuren einer religiösen „Urkultur“ nachgegangen werden. Hinzu kam ein vorwiegend von Lebzelter selbst geäußertes Interesse an physischer Anthropologie, das sich in geradezu fanatisch durchgeführten „Messungen“ äußerte. „Mehr als 10.000 Afrikaner“ hätte er im Rahmen dieser Reise „einer anthropologischen Untersuchung unterzogen“, schreibt er in einer seiner Schriften.<sup>84</sup>

Lebzelters Reise ist von Interesse nicht nur wegen der immer wieder aufflammenden konzeptuellen Kontroversen mit seinen klerikalen Auftraggebern zu Hause<sup>85</sup>, sondern auch wegen seiner Erfahrungen vor Ort. Der komplexen politischen und gesellschaftlichen Situation des Mandatsgebiets in den 1920er Jahren, dem konfliktreichen Zusammenspiel von „deutschen“, „afrikaansen“ und „englischen“ Interessensgruppen standen er und vor allem seine schwangere Frau mit Unverständnis gegenüber: „Besonders in Südwestafrika haben wir reichlich Unangenehmes erlebt u. wäre nicht unser Kindchen hier geboren, so wäre ich unversöhnlich den an Menschen gemachten Erfahrungen gegenüber.“<sup>86</sup> Auch die Forschungstätigkeit selbst gestaltete sich schwieriger als erwartet; mehrere Aussagen Lebzelters lassen einen verbreiteten Widerstand der Betroffenen gegen die mit behördlicher Genehmigung durchgeführte „Vermessung“ ihrer Körper erahnen.<sup>87</sup>

Ökonomisch war Südwestafrika aus österreichischer Sicht kaum existent. Wahrscheinlich setzten sich gewisse Verbindungen im Bereich der Nutztierhaltung fort – 1902 war in Deutsch-Südwestafrika mit der Zucht von Pinzgauer Rasse-Rindern begonnen worden<sup>88</sup>, fünf Jahre später hatte Gouverneur Lindequist die ersten Karakulschafe vom Wiener Zoologen Leopold Adametz angekauft<sup>89</sup> –, ein nennenswerter bilateraler Handelsverkehr ist jedoch nicht evident. Statistisch bildete das Mandatsgebiet ab 1932 zusammen mit

---

<sup>83</sup> S. Lebzelter, Afrikareise, S. 53-58.

<sup>84</sup> Ebda., S. 199. Lebzelter, später Direktor der Anthropologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums in Wien, rechtfertigte diese „Untersuchungen“ noch kurz vor seinem Tod in: Wozu und zu welchem Ende messen wir noch?, in: Anthropologischer Anzeiger XI (1934/3-4), S. 240 f.

<sup>85</sup> S. Lebzelter, Afrikareise, S. 185-195; über Lebzelters differenzierte Darstellung der Hai//om vgl. z. B. Dieckmann, Zwischen „Buschmannplage“ und San Aktivismus, S. 10.

<sup>86</sup> S. Lebzelter, Afrikareise, S. 167.

<sup>87</sup> Ebda., S. 106, 139 u. ö.

<sup>88</sup> Zum 80jährigen Jubiläum reiste eine starke Delegation namibischer Farmer 1982 zum 5. Weltkongreß der Pinzgauer Züchter nach Salzburg (Raiffeisenzeitung, Wien, 10. Februar 1982).

<sup>89</sup> Simone Holzer, Sammlung Kruschke, Afrika-Abteilung (Schwerpunkt: Angola und Ruanda). Bearbeitung einer Privatsammlung (Diplomarbeit Univ. Wien 1997), S. 27. Zur kolonialpolitischen und kolonial-revisionistischen Bedeutung von Karakulschafzucht und Karakulpelzhandel vgl. Alfred Babing / Hans-Dieter Bräuer, Namibia. Kolonialzeit, Widerstand, Befreiungskampf heute. Ein Report (Köln 1980), S. 114-126 sowie aus deutsch-namibischer Sicht Raimar von Hase, Persianer aus Afrika, in: Becker / Hecker (Red.), Vom Schutzgebiet bis Namibia, S. 180-184.



Britisch-Njassaland (dem heutigen Malawi), Mauritius, Rhodesien (heute Zimbabwe und Zambia), St. Helena und den Tristan da Cunha-Inseln eine regionale Gruppe, deren Handelswerte gemeinsam ausgewiesen wurden; zuvor waren überhaupt alle britischen Besitzungen in Afrika (inklusive Südafrika) zusammengerechnet worden.<sup>90</sup> Die österreichischen Importe aus der neuen Regionalgruppe „Britisch-Südafrika“ bewegten sich nun zwischen 94.000 und 896.000 Schilling (1933 bzw. 1935), die Exporte zwischen 55.000 und 346.000 Schilling (1933 bzw. 1932), was in jedem Fall einen geringen Anteil am ohnehin marginalen Afrikahandel Österreichs<sup>91</sup> bedeutete. Hinzu kam, daß als wichtigste Importware aus „Britisch-Südafrika“ Asbest aus Süd-Rhodesien bezogen wurde, welcher Posten in manchen Jahren bis zu 90% der Gesamteinfuhr aus dieser Subregion erreichte; exportiert wurden von österreichischen Firmen hauptsächlich Baumwollwaren, deren genaue Destination aber nicht feststellbar ist.<sup>92</sup> Natürlich kann angenommen werden, daß so manche Handelsgeschäfte mit Südwestafrika auch unter „Südafrikanische Union“ registriert wurden, doch dürfte dies nichts Wesentliches an der vernachlässigbaren Rolle ändern, welche das Mandatsgebiet im österreichischen Außenhandel spielte.

Nur ein einziges Mal vor dem Ende der österreichischen Eigenstaatlichkeit 1938 hatte sich die heimische Außenpolitik mit einer Südwestafrika direkt betreffenden Angelegenheit zu befassen – ein singulärer Fall, der angesichts seiner politischen Brisanz aber umso bemerkenswerter ist. Es ging bereits damals um die Frage der Unabhängigkeit Südwestafrikas. Im September 1928 übermittelte die von Marcus Garvey geführte Universal Negro Improvement Association<sup>93</sup> allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes – und somit auch Österreich – eine ausführliche Petition, in der u. a. auch die Forderung nach einer Dekolonisierung Afrikas enthalten war: „We believe we are fully competent, and adequately equipped, to administer, in Africa, a Government of our own.“<sup>94</sup> Gleichsam als Pilotprojekt wurde im besonderen die Übertragung der Mandatsgebiete in Ost- und Südwestafrika an einheimische Regierungen gefordert: „We feel that if the League will pass over to our control as a race the development of these two late German colonies, we shall be able, within twenty years, to prove to the world and to the League our ability to govern ourselves.“<sup>95</sup>

Ein Forderungspaket, das den verantwortlichen Diplomaten am Wiener Ballhausplatz offensichtlich aus einer ganzen Reihe von Gründen absurd erschien. Zum einen hing die ökonomische Sanierung der jungen Republik (insbesondere ihre mit tiefgreifendem Sozialabbau verbundene Währungsreform) aufs engste mit der sog. Völkerbundanleihe zusammen, und ein kritisches Verhalten gegenüber den im Völkerbund

---

<sup>90</sup> Gerald Kitter, Der österreichisch-afrikanische Außenhandel 1918-1938 (unveröff. Diplomarbeit Univ. Wien, 2000), S. 18 f.

<sup>91</sup> Bei den Gesamtimporten aus Afrika betrug der Mindestwert 7,7 Mio S (1922), der Höchstwert 37 Mio S (1937), bei den Exporten lagen die Werte bei 7,2 Mio S (1922) bzw. 34,5 Mio S (1929), jeweils ohne die Gruppe „Gold und Silber, auch gemünzt“ (ebda., S. 10).

<sup>92</sup> Ebda., S. 23 f.

<sup>93</sup> Imanuel Geiss, Panafrikanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation (Frankfurt am Main 1968), S. 205-216.

<sup>94</sup> Renewal of Petition of The universal Negro Improvement Association and African Communities' League, to the League of Nations etc. (London 1928), S. 24.

<sup>95</sup> Ebda., S. 25.

tonangebenden Kolonialmächten wie Frankreich und Großbritannien schien nicht opportun.<sup>96</sup> Zum zweiten war evident, daß jene wenigen Verbindungen, die seitens der österreichischen Zivilgesellschaft zu Südwestafrika existierten, sich ausschließlich auf das Segment der deutschsprachigen Siedlerschaft beschränkten. Indigene (schwarze) Namibier/innen waren hier allenfalls als Arbeitskräfte, zu Missionierende oder Vermessungsobjekte denkbar, nicht aber als Regierung eines unabhängigen Staates! Und drittens löste Garveys Hinweis auf die Leistungen der afrikanischen Kolonialtruppen im Weltkrieg Empörung aus, hatten sich doch weite Teile der Öffentlichkeit und des politischen Establishments die rassistische deutsche Polemik gegen die „schwarze Schmach“ (die Niederlage Deutschlands an der Westfront gegen u. a. afrikanische Soldaten) zu eigen gemacht.<sup>97</sup> Vor allem darauf nahm der österreichische Botschafter in London, dem die Broschüre übermittelt worden war, in seiner Stellungnahme Bezug: „Es ist nicht ohne Unverfrorenheit [impertinence, Anm. d. A.], dass in dieser ‚Petition‘ besonders auf die Leistungen der Neger während des Weltkriegs auf Seite der Alliierten hingewiesen und verlangt wird, den Negern die ehemaligen deutschen Kolonien in Südwest- und Ost-Afrika als Mandat zur Verwaltung zu überlassen.“<sup>98</sup> Damit haben wir also die erste amtliche Äußerung Österreichs zur Unabhängigkeit Namibias vor uns!

Bald schon sollte sich allerdings die Frage der staatlichen Unabhängigkeit auch für Österreich stellen. Zunehmende außenpolitische Isolation ging mit einseitigen bündnispolitischen Festlegungen zunächst auf das faschistische Italien<sup>99</sup>, ab 1936 auf das faschistische Deutschland einher. Mit dem erzwungenen Rücktritt der österreichischen Regierung am 11. März 1938 sowie dem widerstandslos hingenommenen und von großen Teilen der Bevölkerung begrüßten Einmarsch deutscher Truppen am darauffolgenden Tag begann die mehr als siebenjährige Okkupation Österreichs. Im Rahmen der großangelegten nationalsozialistischen Propagandakampagne, die über das besetzte Land hereinbrach, spielten kolonialrevisionistische Aktivitäten – Reichskolonialtagung in Wien 1939, eine Sonderschau im Naturhistorischen Museum 1939/40, die Deutsche Kolonialausstellung 1940 – sowie die Etablierung des Reichskolonialbundes eine bedeutende Rolle.<sup>100</sup> Von den Exponenten der deutschen Siedler in Südwestafrika, vielfach selbst Nationalsozialisten,

---

<sup>96</sup> Zur österreichischen Außenpolitik dieser Jahre vgl. v. a. die Beiträge von Fritz Weber, Hans Kernbauer, Béla Rásky und Hanns Haas in: Emmerich Tálos / Herbert Dachs / Ernst Hanisch / Anton Staudinger (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995).

<sup>97</sup> Christian Koller, „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik 1914-1930 (=Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte 82, Stuttgart 2001), S. 307 u. ö.

<sup>98</sup> Schreiben vom 19. Oktober 1928 (ÖStA/AdR, 01/Äußeres, Abt. 15: Völkerrecht, Karton 94, fasc. 130).

<sup>99</sup> Was u. a. in der politischen und ökonomischen Unterstützung des italienischen Überfalls auf Äthiopien 1935 resultierte: Bairu Tafla, Ethiopia and Austria. A history of their relations (Wiesbaden 1994), S. 157-159; Lorenz Mikoletzky, Österreich, Italien und der abessinische Krieg 1935/36, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchives 31 (1978), S. 487-501.

<sup>100</sup> Vgl. Weeks, Rolle der „Ostmark“, S. 77-82 u. ö. sowie Ingrid Oppenauer, Ausstellungen und Tagungen mit kolonialem Hintergrund in Wien 1939/40 (unveröff. Seminararbeit Univ. Wien 2003). Die erwähnte Sonderschau präsentierte „Deutsch-Südwestafrika“ in Raum 6 eher lieblos vorwiegend anhand der Knochensammlungen Dr. Pöchs, ferner Seiners und Lebzelters sowie einiger botanischer Objekte, die von Richard und Fritz Wettstein dem Museum nach ihrer Reise von Walvis Bay bis zum Kilimandjaro 1929 gespendet worden waren; weitere „Buschmänner“ und „Hottentotten“ sowie eine „Hererofigur“ waren in der Kuppelhalle im ersten Stock ausgestellt (Victor Pietschmann, Red.,

wurde der leichte Sieg des faschistischen Deutschlands und seines aus Österreich stammenden „Führers“ euphorisch begrüßt: „Die Tage, in denen Oesterreich nach langer Trennung heimkehrte ins Reich, waren auch bei uns Überseedutschen südlich des Äquators Tage des Stolzes, der dankbaren Freude und der tiefsten, innerlichsten Verbundenheit mit unserem Volk und seinem geliebten Führer ... Oesterreich! Deutsches Land! Deutsches Volk! Deutsche Kämpfer und Brüder! Nie sollen die Opfer vergessen werden, die dafür gebracht wurden! ... Ein Mann kam und führte zusammen, die nach Blut und Art und ewigem Recht zusammengehören, und es ist gewiß eine besondere Fügung Gottes, die uns zu denken geben sollte, daß dieser Mann ein Mann aus Oesterreich war!“<sup>101</sup>

### III. Streit um die Unabhängigkeit, 1966-1989

Ähnlich wie nach 1918 war Namibia auch in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich nicht präsent, vielleicht sogar weitgehend unbekannt. Daß die Proteste, die traditionelle Autoritäten vor den Vereinten Nationen gegen Südafrika erhoben, vorwiegend unter dem Gesichtspunkt allfälliger Rückwirkungen auf die „österreichische“ Mission kommentiert wurden, über die „lange Zeit ... in Europa nichts zu erfahren“ gewesen wäre, ist ziemlich bezeichnend.<sup>102</sup> Offenbar unbemerkt von der Öffentlichkeit hatte der Orden mittlerweile entschieden, die exklusive Verantwortlichkeit der österreichischen Oblaten für die Mission zu beenden, was zur Besetzung mit Priestern aus anderen Ländern – aus sprachlichen Gründen nicht zuletzt aus Holland – geführt hatte.<sup>103</sup> Damit war eine jahrzehntelang existierende Verbindung Österreichs zu Namibia wesentlich reduziert. Auch der bilaterale Außenhandel war, Indizien zufolge, ziemlich niedrig; Karakulfelle, die von heimischen Kürschnern zu Pelzmänteln verarbeitet wurden, ragten als Importprodukte heraus.<sup>104</sup> Und nicht einmal der heimische Beitritt zu den Vereinten Nationen 1955 führte zu

---

Führer durch die Sonderschau „Ostmarkdeutsche als Forscher und Sammler in unseren Kolonien“. Ein Anteil der Ostmark an der Erforschung und Erschließung der deutschen Kolonialgebiete, Wien 1939, S. 11 f. und 28).

<sup>101</sup> (Bischof) A. Wackwitz, Österreich? Österreich!, in: Afrikanischer Heimatkalender (1939), S. 41-46, hier: S. 41 und S. 46.

<sup>102</sup> Österreich und der UNO-Streit um die Hereros, in: Die Presse (Wien), 6. Jänner 1952.

<sup>103</sup> Hermenegildus Beris, Dutch Catholic Missionaries in Namibia, in: Huub Hendrix (Hg.), Namibia and the Netherlands. 350 Years of Relations (Windhoek 2006), S. 39-47.

<sup>104</sup> Eine Promotion von SWAKARA-Pelzen Ende der 1950er Jahre war bezeichnenderweise die einzige handelspolitische Aktivität des damaligen südafrikanischen Botschafters, die er für erinnerungswürdig hielt (Donald Bell Sole, „This above all“. Reminiscences of a South African diplomat, vervielfältigtes Manuskript, Cape Town 1989, S. 205). Auch die Aktivitäten des niederösterreichischen Schafzüchters Emil H. Krischke, der 1963 aus seinen Zuchtbetrieben in Breitenfurt Karakulschafe nach Südwestafrika geliefert und damit traditionelle Verbindungen in diesem Bereich wiederbelebt hatte (APA, 8. Jänner 1963; vgl. Holzer, Sammlung Krischke, S. 8 u. ö.), trugen im Folgenden wesentlich zur Verbreitung der Karakulmode und der Pelzverarbeitungsindustrie bei, so das von ihm organisierte Erste Internationale Karakul-Symposium im September 1967 in Wien (APA, 7. September 1967). Werbung für SWA-Persianer war in den 1960er und 1970er Jahren in Österreich stark präsent.

mehr Interesse; zwar wurde dort bereits heftig über das Schicksal des Mandatsgebiets diskutiert, doch „... verhielt sich Österreich auch in dieser Frage zurückhaltend.“<sup>105</sup>

### III.1. Die österreichische Position zur Beendigung des südafrikanischen Mandats 1966

Allerdings: Die internationale Kritik an der südafrikanischen Besatzungspolitik in Namibia verdichtete sich. 1960 wendeten sich Liberia und Äthiopien an den Internationalen Gerichtshof, um den rechtlichen Status des Territoriums zu klären, und sobald die Diskussion die UN-Generalversammlung erreicht hatte, wurden auch bisher unbeteiligte Staaten zur Stellungnahme veranlaßt. Die Entwicklung der österreichischen Positionierung ist durch die bis 1969<sup>106</sup> öffentlich zugänglichen Akten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten einigermaßen nachzuvollziehen. Bezeichnenderweise war es demnach zunächst nicht die Völkerrechtsabteilung des Ministeriums in Wien, welche die amtsinterne Meinungsbildung bestimmte, sondern die österreichische Botschaft in Pretoria. Ihre ab Anfang der 1960er Jahre häufiger werdenden Berichte spiegeln mit unverhüllter Zustimmung die Sprachregelung des südafrikanischen Regimes wider und intervenierten dafür, Südafrika in der Frage Südwestafrika weitestgehend entgegenzukommen.<sup>107</sup> Internationaler Druck – schrieb der 1964 ernannte Botschafter Adolf Hobel – würde im Gegenteil nur zu einer Verhärtung der südafrikanischen Regierungsposition führen, eine Unabhängigkeit des Landes ließe ein „Chaos und Kämpfe ähnlich wie im Kongo“ befürchten, und Südwestafrika besitze für Südafrika einen ähnlichen Stellenwert wie Kuba für die Vereinigten Staaten. Der von Pretoria propagierte (Odendaal-)Plan zur Aufteilung Namibias in Bantustans wurde von Hobel begrüßt, während die zunehmenden Proteste in Südwestafrika selbst (welche insbesondere „der greise, eigensinnige Häuptling“ der Herero [Hosea Kutako<sup>108</sup>, Anm. d. A.] verursache) von ihm als Beitrag dazu verurteilt wurden, „dass falsche Vorstellungen ueber die Lage in Suedwestafrika in die Weltoeffentlichkeit gelangen.“<sup>109</sup>

---

<sup>105</sup> Wolfgang Strasser, Österreichs Stellungnahme in den Vereinten Nationen zu den Fragen Südafrika und Südwestafrika, in: ÖZAP VII/6 (1967), S. 367-375, hier: S. 372.

<sup>106</sup> Das österreichische Archivgesetz sieht eine dreißigjährige Archivsperrung (also von 2007 rückwirkend bis 1977) vor. Aus unerklärlichen Gründen sind die Aktenbestände des Außenministeriums allerdings bereits ab 1969 gesperrt.

<sup>107</sup> „Vor allem wäre es ganz unerlässlich, seine [Südafrikas] Bedenken überzeugend zu zerstreuen, dass es den Vereinten Nationen gar nicht so sehr um Südwestafrika selbst geht – dessen ethnisch-nationale Einheit und wirtschaftliche Lebensfähigkeit in jedem Fall auf schwachen Beinen stehen – als vielmehr den Afroasiaten darum, mit Südwestafrika die militärische Operationsbasis für die gewaltsame Beseitigung der weissen Herrschaft in der Republik Südafrika selbst (und, nebenbei bemerkt, auch in Angola) zu gewinnen. Solange daher in den von der UNO vorgeschlagenen Untersuchungsausschüssen... die militant antikolonialistischen Länder, wie Ghana, Guinea, Algerien, die V.A.R., Jugoslawien, und ähnliche, dominieren, scheint ein Kompromiss ausgeschlossen.“ (Schreiben des damaligen österr. Geschäftsträgers in Pretoria, Franz Rader, an Außenminister Bruno Kreisky vom 23. Jänner 1964 [ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1964, Karton 933, fasc. Südwestafrika]). Statt der erwähnten Staaten wurden von Rader Israel, Japan oder Nationalchina (Taiwan) vorgeschlagen.

<sup>108</sup> Peter Katjavivi, A history of resistance in Namibia (London-Addis Ababa-Paris 1988), S. 35-41 u. ö.

<sup>109</sup> Schreiben von Botschafter Hobel an Außenminister Kreisky vom 24. März 1965 (ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1965, Karton 1000, fasc. Südwestafrika).

Daß derartige Berichte unter der hohen Ministerialbürokratie, mehrheitlich einem äußerst konservativen Weltbild und dem Gedankengut des Kalten Krieges verpflichtet<sup>110</sup>, von großem meinungsbildenden Einfluß waren, ist offensichtlich. Ein Appell von UN-Generalsekretär U Thant an die Mitgliedsstaaten, Stipendien für Südwestafrikaner bereitzustellen, wurde z. B. seitens des Bundesministeriums für Unterricht 1964 brüsk und mit kaum verhohlenem Rassismus abgelehnt.<sup>111</sup>

Daß es zwei Jahre später dennoch zu einem teilweisen außenpolitischen Kurswechsel kam, geht in erster Linie auf das veränderte Kräfteverhältnis in der UN-Generalversammlung zurück; auch personelle Veränderungen/Verjüngungen im Ministerium sowie taktische Rücksichtnahmen auf die beginnende Ansiedlung multilateraler Organisationen in Wien (IAEA, UNIDO, OPEC) spielten wohl eine Rolle. Mit Aufmerksamkeit wurden sogar, wenngleich immer aus südafrikanischer Perspektive, die Anfänge des bewaffneten Befreiungskampfes im Norden Südwestafrikas registriert.<sup>112</sup> Zunehmend rückten bei der Formulierung der heimischen Südwestafrikapolitik die für UN-Fragen zuständige Dienststelle des Ministeriums in Wien sowie Österreichs UN-Vertretung in New York in den Vordergrund, während die meinungsbildende Hegemonie der Botschaft Pretoria tendentiell abnahm.

Die Ereignisse im zweiten Halbjahr 1966 überstürzten sich. Im Juli wies der Internationale Gerichtshof aus formalen Gründen die Klage Äthiopiens und Liberias gegen Südafrika ab. Während seine Entscheidung von Pretoria mit Erleichterung aufgenommen wurde, antworteten die Nichtpaktgebundenen Staaten mit der Einbringung einer Resolution in die UN-Generalversammlung (Res. 2145/XXI), welche Südafrika das Mandat zur Verwaltung des Völkerbundterritoriums entzog. Dadurch schufen sie auf internationaler Ebene neue Realitäten. Angesichts des Stimmengewichts der blockfreien Staaten in der Generalversammlung und ihrer entschlossenen, zugleich aber flexiblen Verhandlungsführung gab es kaum Aussicht, eine Annahme der Resolution zu verhindern, zumal auch in führenden westlichen Staaten maßgebliche politische Stimmen die Ansicht vertraten, Südafrika habe sein Mandat „verwirkt“; eigentlich traten nur Staaten mit manifesten eigenen Kolonialinteressen für die Aufrechterhaltung desselben ein. In realistischer Einschätzung der Lage und entgegen südafrikanischen Interventionen<sup>113</sup> setzte nun auch bei den Diplomaten am Ballhausplatz ein

---

<sup>110</sup> Stimmer spricht von einer „bruchlosen Kontinuität des politischen Elitenspektrums der Ersten und Zweiten Republik“ (zum Ausdruck kommend etwa in der weitgehend Beherrschung der hohen Ministerialbürokratie durch den katholischen Cartellverband) und konstatiert erst für die späten 1960er Jahre einen „Wandel der Elitenrekrutierungsstrategie im Sinne eines allgemeinen Trends zur ‚Technokratischen Elite‘“ (Gernot Stimmer, *Eliten in Österreich 1848-1970, =Studien zu Politik und Verwaltung* 57, Wien-Köln-Graz 1997, S. 958, 1017 und 1040).

<sup>111</sup> „Das österreichische Mittelschulwesen hat sich nach österreichischen Verhältnissen organisch entwickelt. Die Schulen sind keine Einheitsschulen, die von allen Schülern besucht werden, sondern sie werden von einer durch Begabung, Wohnort und andere Umstände begünstigten Auslese mit mehr oder minder großem Erfolg durchlaufen. Ob der Afrikaner bei einer andersgearteten körperlichen und geistlichen Entwicklung den Anforderungen durch 9 Jahre entsprechen kann, läßt sich nicht sagen [!]... Die Schwierigkeiten mit der Sprache lassen ein solches Experiment ohne gewissenhafte Vorbereitung sehr zweifelhaft erscheinen. Erfolgversprechend dürfte es nur in jenen Gebieten sein, in denen noch ein deutschsprachiger Kultureinfluß besteht.“ (Stellungnahme vom 30. April 1964 an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten: ÖStA/AdR, 01/BMfaA, Sektion II-POL 1964, Karton 933, fasc. Südwestafrika).

<sup>112</sup> ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1966, Karton 1067, fasc. Südwestafrika.

<sup>113</sup> Ebda.

Meinungsumschwung ein, zu dem der Aktenlage zufolge Botschafter Kurt Waldheim – der spätere Bundespräsident – in New York wesentlich beitrug.<sup>114</sup> Während am Hudson River der Verhandlungsprozeß eine heiße Phase erreichte, schwankte man in Wien hinsichtlich des österreichischen Votums zwischen Zustimmung und Enthaltung. Am 5. Oktober 1966 hatte Außenminister Lujo Tončić-Sorinj in seiner Rede vor der Generalversammlung noch sehr ausgewogen zu Südwestafrika Stellung genommen.<sup>115</sup> Am 25. Oktober genehmigte das Außenministerium das Ersuchen von Botschafter Waldheim, eine positive Stimme (verbunden mit einer Votumserklärung) abgeben zu dürfen: „Aus den wiederholten Weisungen des Herrn Bundesministers geht hervor, dass Österreich bereit ist, sich dem allgemeinen Konsensus anzuschließen und selbst für die afroasiatische Resolution zu stimmen, auch wenn diese Resolution nicht der allgemeinen Stimmung in Österreich entspricht [!].“<sup>116</sup> Die Abstimmung am 27. Oktober in der Generalversammlung ergab eine Mehrheit von 114 Pro- gegen 2 Kontrastimmen (Südafrika und Portugal) bei nur drei Enthaltungen (Vereinigtes Königreich, Frankreich, Malawi).

Mit der Beendigung des südafrikanischen Völkerbund-Mandats für Südwestafrika („Namibia“ ab 1968) und der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag im Juni 1971, die Anwesenheit südafrikanischer Verwaltungsorgane in Namibia für illegal zu erklären, stand die Kolonie, die Südafrika 1920 treuhändisch anvertraut worden war, zumindest völkerrechtlich direkt unter der Kontrolle der Vereinten Nationen. Diese etablierten dazu eine eigene Behörde, den UN Council for Namibia. Faktisch jedoch dauerte die südafrikanische Präsenz in Namibia in administrativer, ökonomischer und zunehmend auch militärischer Hinsicht weiterhin an, ja wurde sogar noch intensiviert; der UN Council konnte das ihm zur legitimen Verwaltung übertragene Gebiet nie betreten und mußte sich auf einzelne prinzipielle Hoheits- und Verwaltungsakte von New York aus beschränken. Internationale Übereinkünfte zur Entlassung des Territoriums in die Unabhängigkeit (vor allem die Resolutionen 385, 432 und 435 des Weltsicherheitsrates) wurden von Südafrika zunächst erfolgreich boykottiert. Erst nach jahrelanger Verzögerung konnte 1989 die unter Federführung von UN-Generalsekretär Waldheim ausverhandelte Resolution 435/78 des Sicherheitsrats auf Basis eines von den USA vermittelten Grundsatzvertrages zwischen Südafrika, Angola und Kuba realisiert werden. Der bahnbrechenden Entscheidung von 1966 folgten also mehr als zwei Jahrzehnte heftiger politischer Kontroversen – eine Zeitspanne, die von Südafrika und seinen Verbündeten dafür verwendet wurde, einseitig vor Ort Tatsachen zu schaffen und dafür international so viel Anerkennung wie möglich zu finden.

---

<sup>114</sup> Waldheim selber beschreibt seine spätere Rolle als UN-Generalsekretär ausführlich in seinen Memoiren (Kurt Waldheim, Im Glaspalast der Weltpolitik, Düsseldorf-Wien 1985, v.a. S.158-168), geht jedoch auf die Interna der österreichischen Positionierung in der Namibiafrage nicht ein.

<sup>115</sup> „Meine Regierung ... betrachtet Südwestafrika als ein unselbständiges Territorium, auf welches das Prinzip der Selbstbestimmung volle Anwendung findet. Wir verfolgen daher die Debatte über Südwestafrika mit besonderer Aufmerksamkeit und hoffen, daß es möglich sein wird, eine Lösung zu finden, die mit allen internationalen Abmachungen über dieses Gebiet und besonders mit den Wünschen seiner Einwohner in Einklang steht.“ (zit. n. ÖZAP VI/4, 1966, S. 405-411, hier: S. 408).

<sup>116</sup> Aktenvermerk vom 26. Oktober 1966 (ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1966, Karton 1067, Konv. Südwestafrika). Vgl. auch Wolfgang Strasser, Österreichs Mitwirkung an den Arbeiten der Vereinten Nationen im Jahre 1966, in: ÖZAP VIII/5 (1968), S. 283-304, hier: S. 293 f.

Österreich hatte zwar erstmals deutlich Position für die Entkolonisierung Namibias bezogen, intern ging der bürokratische Grabenkampf allerdings weiter. Eine informelle Anfrage afrikanischer Staaten, ob man in Wien an einer Teilnahme am Council for Namibia interessiert wäre, wurde im Juni 1967 „nach Rücksprache mit dem Herrn Bundesminister“ (und eingehender Befassung mit Argumenten der Botschaft in Pretoria) abgelehnt.<sup>117</sup> Zwar wurde darauf verwiesen, „dass mit Prof. Ermacora bereits ein Österreicher als einziger Europäer an der ad hoc Expertengruppe gemäss Resolution 2 (XXIII) teilnimmt“, doch konnte dies kaum als ein gleichwertiger Ausgleich gelten.<sup>118</sup> Andererseits läßt der Umstand, daß das Agrément für einen neuen südafrikanischen Botschafter – Simon Frank, der zuvor hohe Funktionen in der südafrikanischen Verwaltung Namibias bekleidet hatte – im Juni 1969 erst nach informeller Befassung des Vorsitzenden des UN Council erteilt wurde, doch eine erhöhte Sensibilität erkennen.<sup>119</sup>

In Pretoria versuchten Botschafter Hobel<sup>120</sup> und ab 1968 sein Nachfolger Paul Zedtwitz systematisch, die Positionierung des Ministeriums zu unterlaufen – besonders kraß etwa durch ihr wiederholtes Insistieren auf Teilnahme an einer von den südafrikanischen Behörden geplanten Reise aller ausländischen Missionschefs nach Südwestafrika. Vom Außenministerium wurde dies stets, zuletzt am 16. Mai 1968, mit dem deutlichen Hinweis abgelehnt, daß ein solcher Besuch „von der südafrikanischen Seite als eine de facto-Anerkennung ihrer Aktivlegitimation für Südwestafrika, die bekanntlich seitens der Vereinten Nationen in Anspruch genommen wird, gedeutet werden könnte“.<sup>121</sup> Zwei Mal im untersuchten Zeitraum wurden die Botschafter, teils mit scharfen Worten, wegen ihrer politisch überholten Positionen und wegen unziemlicher Wortwahl gerügt.<sup>122</sup>

Aber auch in Wien selbst erwies sich die Umsetzung der auf multilateraler Ebene akzeptierten Resolution – die bekanntlich ja „nicht der allgemeinen Stimmung in Österreich“ entsprach – als schwierig. Ein zaghafter Vorstoß der UN-Abteilung im BMfaA, die Anerkennung von UN-Reisedokumenten für namibische Flüchtlinge durch Österreich herbeizuführen, traf 1969 auf den entschiedenen Widerstand sowohl der Politischen Sektion, die mögliche Repressalien Südafrikas gegen angeblich 2.000 Paßösterreicher in Südafrika und 100 weitere in Namibia ins Treffen führte, als auch des Innenministeriums, welches auf einer

---

<sup>117</sup> Depesche vom 5. Juni 1967 an die ÖV New York (ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1967, Karton 1198, fasc. Südwest-Afrika vor der UN); Strasser, Österreichs Stellungnahme zu Südafrika und Südwestafrika, S. 375.

<sup>118</sup> Ebd.; Ermacora, damals österreichischer Delegierter zur UN-Menschenrechtskommission, berichtet darüber hinaus in seinen Memoiren, seine Mitwirkung an der Expertengruppe sei von Außenminister Tončić „nicht mit Wohlwollen aufgenommen“ worden (Felix Ermacora, Menschenrechte ohne Wenn und Aber. Erlebnisse und Begegnungen, Wien-München 1993, S. 42).

<sup>119</sup> ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1967, Karton 1544, konv. Südafrika, fasc. 2.

<sup>120</sup> „Die Resolution der Vereinten Nationen über die Beendigung des südafrikanischen Mandates für Südwestafrika kann aus hiesiger Sicht nur als eine höchst unglückliche Maßnahme bezeichnet werden... Jedenfalls ist diese Resolution geeignet, den Frieden in einem eine nicht bloß für afrikanische Verhältnisse außerordentliche Ruhe und Ordnung und Stabilität besitzenden Teil der westlichen Welt zu gefährden.“ (Bericht vom 28. Oktober 1966 [ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1966, Karton 1067, fasc. Das Südwestafrika-Verfahren vor dem IGH]).

<sup>121</sup> ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1968, Karton 1399, Konv. Südwestafrika, fasc. 2.

<sup>122</sup> Ebd. sowie ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1969, Karton 1543, Konv. Südwestafrika, fasc. 2.

verbrieften Rücksendungsmöglichkeit der Betroffenen in ihr Herkunfts- bzw. Aufenthaltsland bestand.<sup>123</sup> Wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika, von den Blockfreien bereits damals als geeignetes Mittel eingefordert, um Südafrika zum Verlassen des Territoriums zu zwingen, wurden vehement abgelehnt; Bezugnahmen darauf in UN-Resolutionen hatten eine österreichische Enthaltung, wenn nicht Gegenstimme, zur Folge.<sup>124</sup> Nicht einmal Interventionen gegenüber den südafrikanischen Behörden zugunsten von politischen Gefangenen wurden durchgeführt. Ein österreichischer Vertreter nahm zwar aufgrund einer Weisung (die wiederum nach einer Intervention der USA erfolgt war) im Jänner 1968 an der Urteilsverkündung gegen „37 südwestafrikanische Terroristen“ (so die amtliche Diktion!)<sup>125</sup> teil, nicht jedoch an den Berufungsverhandlungen in Bloemfontein, bei denen nichts weniger als die Legitimität südafrikanischer Jurisdiktion über Namibia zur Debatte stand.<sup>126</sup> Soweit heute aktenmäßig feststellbar (also bis 1969), wurde die Frage der Menschenrechte bzw. der politischen Repression in Namibia weder in Pretoria noch gegenüber der südafrikanischen Botschaft in Wien je releviert.

### III. 2. Lobbying mit steigendem Einsatz

Ein Gutes hatte die, wenn auch halbherzig getroffene, heimische Entscheidung, sich dem internationalen Mainstream anzuschließen, doch: In Hinkunft konnte es nie mehr privaten Kolonialnostalgikern überlassen bleiben, Österreichs Haltung zu Namibia zu definieren. Insofern hatte sich also der Kreis der Akteure in Sachen Namibia-Beziehungen erweitert. Potentiale für einen Paradigmenwechsel aber, welche die Entscheidung der Vereinten Nationen eröffnen hätte können, blieben vorerst ungenützt. Statt der Anbindung der bisherigen Kontakte an die deutschsprachigen Siedler wurde kein Verhältnis zur namibischen Mehrheitsbevölkerung (und ihrer repräsentativen Vertretung) entwickelt, an die Stelle des Agierens im Rahmen der kolonialen Strukturen trat kein stärkeres Engagement für die Unabhängigkeit. Für derart grundlegende Zäsuren im bestehenden Beziehungsmuster zwischen Österreich und Namibia war die Zeit offenbar noch nicht reif. Die Haltung der Regierung blieb ambivalent, und daß die Öffentlichkeit mit der Beschlußlage in der UNO nicht konform ging, hatte das Außenministerium selbst ja schon festgestellt.

Etwa Anfang der 1970er Jahre setzte ein innenpolitischer Namibia-Diskurs zu einer breiten Palette von Themen – von Außenpolitik über Antikolonialismus bis zu „Auslandsdeutschum“ – ein, der allerdings, wenig überraschend, noch auf Jahre hinaus von kolonialistischen Stimmen dominiert blieb (und sichtlich von Seiten der südafrikanischen Auslandspropaganda stark beeinflusst wurde). Tonangebende Medien – etwa die rechtskonservative Presse, deren außenpolitische Berichterstattung damals von extrem konservativen,

---

<sup>123</sup> ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1969, Karton 1543, Konv. Südwest-Afrika vor den Vereinten Nationen.

<sup>124</sup> Strasser, Österreichs Stellungnahme zu Südafrika und Südwestafrika, S. 369 u. ö.

<sup>125</sup> Dabei handelte es sich um den ersten großen Hochverratsprozeß gegen führende Mitglieder der SWAPO-Spitze, u. a. Nathaniel Mahuilili und Andimba ja Toivo; die meisten wurden zu lebenslänglichen bzw. langjährigen Haftstrafen verurteilt (Katjavivi, *History of Resistance*, S. 61-64).

<sup>126</sup> ÖStA/AdR, 01/BmfaA, Sektion II-POL 1967, Karton 1198, Konv. Südwestafrika 2, fasc. 3 sowie ebda., Sektion II-POL 1968, Karton 1399, Konv. Südwestafrika, fasc. 3.– Hier ist anzumerken, daß seitens der ÖB Pretoria auch regelmäßig über „südafrikanische Terroristen“ (z. B. den Rivonia Trial) berichtet und 1967 eine äußerst positive Einschätzung der KZ-Insel Robben Island übermittelt wurde; österreichischerseits erfolgten auch diesbezüglich keine Interventionen.



teilweise deutschnationalen Redakteur/inn/en geprägt war – vertraten uneingeschränkt den Standpunkt der südafrikanischen Besatzungsmacht; es ginge nicht nur um das Schicksal der „deutschen Südwester“, sondern auch um Südafrikas erfolgreichen Versuch, „Fehler“ der Dekolonisation Afrikas wie in den 1960er Jahren (immer wieder Hinweise auf die Kongokrise!) zu vermeiden.<sup>127</sup> Lag der Fokus zunächst auf der befürworteten Umsetzung des Odendaal-Plans und der darin vorgesehenen Schaffung ethnisch separierter Homelands<sup>128</sup>, so wurde ab Mitte der 1970er Jahre immer stärker die von Pretoria favorisierte „Turnhallenallianz“ (DTA) propagiert, kulminierend in den (international nicht anerkannten) „Wahlen“ von 1978.<sup>129</sup>

Sieht man von diesen Namibia-spezifischen Argumentationssträngen ab, so stand der massive publizistische Einsatz gegen eine Dekolonisation unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eindeutig im Kontext der Unterstützung des Apartheidregimes in Südafrika, dem angesichts der „Bedrohung durch Moskau“ eine geradezu unersetzliche Funktion für die Stabilität Afrikas und darüber hinaus zugeschrieben wurde.<sup>130</sup> Ob sich allerdings hinter den weitgehend abstrakt bleibenden strategischen oder den deutschümelnden ideologischen Argumenten zugunsten eines südafrikanischen Verbleibs in Namibia auch konkrete materielle Interessen verbargen – wie dies hinsichtlich Südafrikas<sup>131</sup> oder auch Süd-Rhodesiens<sup>132</sup> evident ist –, ist schwer zu entscheiden. Zugunsten dieser Vermutung spräche der – freilich nicht verifizierbare – Hinweis, die 1971 in Südafrika vereinbarte Lieferung von 450 Tonnen Uran für das

---

<sup>127</sup> Zum Folgenden vgl. ausführlich Walter Sauer/Theresia Zeschin (pseud. für Elfriede Pekny), Österreichische Beziehungen zu Namibia, in: Journal für Entwicklungspolitik V/4 (1989), S. 65-96, hier: S. 68-71.

<sup>128</sup> „Auch jetzt wieder sollen nämlich die elf verschiedenen Völker, die in Südwestafrika existieren, nicht gefragt werden, ob sie weiterhin in einem gemeinsamen Staat zusammenleben wollen – wenn es nach dem Willen der UN gehen würde ... Wer nämlich die Geschichte dieses Landes kennt, weiß, daß die Unabhängigkeit Südwestafrikas nur ein Freibrief für ein ähnliches Chaos wäre, wie man es vom Kongo her noch in allzu guter Erinnerung hat.“ (Wolfgang Oberleitner, Südwestafrikas Zukunft bleibt ein Fragezeichen, in: Die Presse, Wien, 19./20. Mai 1973).

<sup>129</sup> „Von der Weltöffentlichkeit unbemerkt oder mit Absicht ignoriert, geht in der einstigen deutschen Kolonie Südwestafrika – umstrittenes [sic!] UN-Mandat ‚Namibia‘ –, seit geraumer Zeit ein gezielter Befreiungsversuch vor sich. In der 1913 erbauten Windhoeker Turnhalle ... tagt seit Beginn dieses Jahres eine Verfassungskonferenz ... Ganz Südwestafrika hofft auf eine gute Lösung.“ (Hilde Nowotny, Fünf vor – oder fünf nach zwölf?, in: Die Presse, 16. August 1976).

<sup>130</sup> „Da ist Pretoria, das, allein auf sich gestellt, seine staatliche Existenz unter allen Umständen zu verteidigen entschlossen ist. Worauf nun wie stets die Frage zu hören ist, ob diese Existenz oder auch Sicherheit auch wirklich in Namibia bedroht wäre. Nun, sie ist es. Denn ... sowohl ihre einzigartigen Bodenschätze wie ihre strategische Lage sind von weltpolitischer und nicht etwa nur von wirtschaftlicher Bedeutung. Und ein Blick auf die Karte Afrikas macht unschwer klar, daß die nördlichen Nachbarn Süd- und Südwestafrikas in keiner Weise imstande und willens sind, das, was man gemeinhin Ruhe nennt, zu gewährleisten.“ (Ilse Leitenberger, Waffenstillstand an grünen Tischen, in: Die Presse, 9. März 1979).

<sup>131</sup> Mit dem sich die wirtschaftliche und rüstungstechnologische Kooperation der heimischen Verstaatlichten in diesen Jahren wesentlich intensivierte (vgl. die diesbezüglichen Beiträge in Walter Sauer/Theresia Zeschin (Hg.), Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika, Wien 1984).

österreichische Kernkraftprogramm (Zwentendorf und St. Pantaleon) habe sich zum Teil auf Namibia bezogen;<sup>133</sup> selbst wenn dies zutrifft, kann es sich angesichts des Ausstiegs Österreichs aus der Nuklearenergie nach der Volksabstimmung vom November 1978 höchstens um eine einmalige Lieferung gehandelt haben. Gegen das Bestehen nennenswerter bilateraler ökonomischer Interessen Mitte der 1970er Jahre hingegen spricht das in beide Richtungen ziemlich geringe Handelsvolumen 1977 – dem ersten Jahr überhaupt, in dem der bilaterale Warenverkehr statistisch getrennt ausgewiesen wurde: Österreichischen Ausfuhren im Wert von 3,5 Mio Schilling (vor allem feuerfeste Baustoffe) standen Einfuhren im Wert von 4,3 Mio Schilling (hauptsächlich Nahrungsmittel und Pelze) gegenüber. Spätestens ab der Mitte der 1960er Jahre – als sich die Debatte über das Mandatsgebiet auf der Ebene der UN zuspitzte – hatte Südafrika zwar immer wieder Artikel über Südwestafrika als Handelspartner lanciert<sup>134</sup>, und 1971 hatte eine Delegation österreichischer Firmen neben Südafrika sowie Portugiesisch-Ost- und -Westafrika auch Namibia besucht.<sup>135</sup> Solche Aktionen waren zwar anscheinend nicht besonders erfolgreich, trugen aber dazu bei, dem völkerrechtswidrig besetzten Mandatsgebiet das Image eines „normalen“ Handelspartners zu verleihen.

Gegen Ende der 1970er Jahre stieg der Einsatz im heimischen Namibia-Poker aber sprunghaft an – diesen Eindruck muß der außenstehende Beobachter aus den öffentlich zugänglichen Informationen gewinnen. Beginnend mit 1978 ist zunächst eine rasche Steigerung der Importe erkennbar – bis auf einen Höchststand von knapp 300 Mio. Schilling im Jahr 1985 (also auf das Siebzigfache des Vergleichswerts von 1977!); jeweils über 90% der eingeführten Waren in den einzelnen Jahren resultierten dabei aus einem einzigen Posten, nämlich Kupfer. Während sich die Exporte nur mäßig erhöhten (der Spitzenwert lag 1984 bei etwas über 25 Mio. Schilling) und die Warenpalette dabei weitgehend gleich blieb<sup>136</sup>, nahm der Stellenwert Namibias im Rahmen des heimischen Rohstoffimports wesentlich zu. Ob dieser boomende Einfuhrhandel ab 1978 mit den gleichzeitigen Schwierigkeiten Zambias zusammenhängt, sein Kupfer angesichts von Südafrika gesperrter oder destabilisierter Eisenbahnstrecken zu exportieren und somit eine

---

<sup>132</sup> Die von der UNO verhängten Sanktionen wurden von österreichischen Konzernen massiv unterlaufen (Walter Sauer, Österreichs Beziehungen zu Zimbabwe, in: Journal für Entwicklungspolitik IV/4, 1988, S. 27-54, v. a. S. 29-33).

<sup>133</sup> Die entsprechenden Indizien sind aufgelistet in Sauer/Zeschin, Apartheid-Connection, S. 92-94. Vgl. auch Wenda Lund, Rössing und das illegale Geschäft mit dem Namibia-Uran. Eine Untersuchung zur größten Uranmine der Welt und ihrer strategischen Bedeutung (=Pahl-Rugenstein Hochschulschriften, Gesellschafts- und Naturwissenschaften 169, Köln 1984), S. 105, 128, 148 u. ö. Im Gegensatz dazu weist Rössing Uranium allerdings darauf hin, erst 1976 mit der Produktion von Uranoxyd begonnen zu haben; auch von einer Anreicherung in den USA (für Österreich) sei nichts bekannt (briefl. Mitteilung von Rehabeam Hoveka, General Manager Corporate Services, vom 28. Jänner 2008 an den Autor). Auch in der Außenhandelsstatistik scheint keine Uranlieferung aus Namibia auf.

<sup>134</sup> siehe z. B. Die Presse, 17. Februar 1966 über den möglichen Bezug von Corned Beef aus Otavi.

<sup>135</sup> APA, 31. August 1971.

<sup>136</sup> „Aufgrund der Kleinheit des [vorwiegend weißen, Anm. d. A.] Marktes sind natürlich bei Konsumgütern nur relativ bescheidene Mengen absatzfähig. Verkauft werden österreichische Getränke, Nahrungsmittel, Textilien, Werkzeug, Kleinmaschinen, Fahrzeugsatzteile, Beleuchtung, usw.“ (Internationale Wirtschaft, Wien, 13. Jänner 1983 sowie fast gleichlautend ebda., 25. August 1988 [hier wird noch „Papier“ hinzugefügt]).

Substitution der Lieferländer vorliegt<sup>137</sup>, oder ob die Manager der (meist verstaatlichten) kupferimportierenden Industrie Österreichs ihre Entscheidungen unter politischen Gesichtspunkten trafen, muß offen bleiben. In jedem Fall fungierte Namibia zwischen 1981 und 1989 hinter Südafrika und Zimbabwe kontinuierlich als Österreichs drittgrößter (1987 sogar zweitgrößter) Einfuhrpartner auf dem Gebiet der Southern African Development Coordination Conference (SADCC)!<sup>138</sup>

Wohl ebensowenig zufällig verstärkte sich in dieser Zeit auch die Werbung für „Südwestafrika“ als Reiseziel. Individual- oder Delegationstourismus hatte es natürlich schon früher gegeben – etwa 1952 das erste Gastspiel der Wiener Sängerknaben in Windhoek<sup>139</sup> oder zwei Jahre später die Nord-Süd-Durchquerung Afrikas zweier österreichischer Motorradfahrer, die das Ovamboland, Swakopmund und Windhoek berührte.<sup>140</sup> 1968 hatte weiters die Faustballmannschaft Linz gemeinsam mit dem bundesdeutschen Nationalteam Südwestafrika besucht.<sup>141</sup> Auch die rassenanthropologische Forschung lebte wieder auf, als das Salzburger „Haus der Natur“, von seiner Gründungsgeschichte her mit einer kolonialrevisionistischen Schlagseite behaftet<sup>142</sup>, mit geologischen und ethnologischen Forschungsprojekten begann, die u. a. in einer Ausstellung „Buschmänner der Kalahari“ ihren Niederschlag fanden.<sup>143</sup> Neben wissenschaftlichen und kulturellen Kontakten, die sich weiter verstärkten, ist ab etwa Mitte der 1970er Jahre auch eine Intensivierung der allgemeinen Tourismuswerbung erkennbar, die nach einiger Anlaufzeit zu einer merklichen Zunahme von Freizeitreisen führte;<sup>144</sup> gemeinsam mit einem deutschen Partner bot RUEFA z. B. ab 1978 Jagdreisen an.<sup>145</sup> Daß im selben Jahr die Jahrestagung des südafrikanischen Reisebüroverbandes ASATA, zu dem auch namibische Veranstalter gehörten, in Wien abgehalten wurde sowie jene der österreichischen Partnerorganisation 1980 in Südafrika<sup>146</sup>, wird den touristischen Beziehungen nicht abträglich gewesen sein. Stellt man in Rechnung, daß der UN-Sicherheitsrat mit Res. 301/71 auch einen Tourismusboykott gegen das Mandatsgebiet verhängt hatte, so wird deutlich erkennbar, daß dieser zunehmende Reiseverkehr nicht nur das südafrikanische Besatzungsregime (bzw. die von ihm vorangetriebene „interne Lösung“) wirtschaftlich stabilisieren, sondern auch als sichtbares Zeichen für die Unterlaufung internationaler Sanktionen bzw. für die soziale Akzeptanz der namibischen Siedlerherrschaft dienen sollte. Auch zahlreiche Journalisten und Politiker reisten plötzlich in das Mandatsgebiet, um –

---

<sup>137</sup> In der Tat weist die Außenhandelsstatistik für 1978 und 1979 einen auffallenden mengenmäßigen Rückgang der Kupferimporte aus Zambia aus.

<sup>138</sup> Alle Angaben nach: Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.), Außenhandelsstatistik, Serie 2, div. Jahrgänge.

<sup>139</sup> Becker / Hecker (Red.), Vom Schutzgebiet bis Namibia, S. 300.

<sup>140</sup> [August Jentsch](#), Sterne über sieben Höllen. Mit drei Händen und einem alten Motorrad um die Welt. Das Buch der Expedition Dr. Jentsch - Wolfram Hannig (Wien 2-3/1957), S. 110-126.

<sup>141</sup> [http://www.faustballsport.de/e14e/e74/e76/index\\_ger.html](http://www.faustballsport.de/e14e/e74/e76/index_ger.html) (Zugriff vom 25. Juli 2007).

<sup>142</sup> Gert Kerschbaumer, Das Deutsche Haus der Natur zu Salzburg, in: Herbert Posch / Gottfried Fliedl (Hg.), Politik der Präsentation. Museum und Ausstellung in Österreich 1918-1945 (Wien 1996), S. 180-212.

<sup>143</sup> Das Museum hatte zuvor schon die Mineraliensammlung eines in Namibia tätigen österreichischen Bergbauingenieurs namens Reimer übernommen (APA, 4. Februar 1969).

<sup>144</sup> Sauer/Zeschin, Österreichische Beziehungen zu Namibia, S. 75-78.

<sup>145</sup> APA, 30. März 1979.

<sup>146</sup> Ebda., 31. Oktober 1980.

beginnend mit dem Pamphlet eines Kärntner Journalisten von 1975<sup>147</sup> – „authentisch“ über die dortige Situation zu berichten.

### III. 3. Resolution 435: Namibia wird zum innenpolitischen Konflikt

War der innerösterreichische Diskurs (in Sachen Namibia und Apartheid generell) zunächst weitgehend von der Meinungshegemonie Südafrikas und seiner Verbündeten gekennzeichnet gewesen, so nahmen spätestens ab der zweiten Hälfte des Jahrzehnts auch die Gegenkräfte deutlich zu. 1970/71 hatte die Bildung einer sozialistischen Minderheits-, dann Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky auch außenpolitisch zu einem Kurswechsel geführt. Im Nahostkonflikt trat an die Stelle unhinterfragter Parteinahme für den Siedlerkolonialismus in Israel die Annäherung an die Palästinensische Befreiungsorganisation und die arabischen Staaten, im Verteilungskonflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern legte Österreich im Rahmen des sog. Nord/Süd-Dialogs Vorschläge für einen „Marshallplan für die Dritte Welt“ vor.<sup>148</sup> Das enger werdende Verhältnis zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten („Blockfreie“) und das starke Engagement Österreichs in den Vereinten Nationen (1973/74 Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat) legten auch ein stärkeres Engagement zugunsten der namibischen Unabhängigkeit nahe. Dagegen aber schlugen die langjährige pro-südafrikanische Orientierung der Außenpolitik sowie wie die starke Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch südafrikanische Propagandastellen zu Buche.

Deutlicher als bisher trat Österreich nun auf dem Forum der Vereinten Nationen für eine rasche Dekolonisation Namibias ein und befürwortete – wie die überwiegende Mehrheit der Staatengemeinschaft – 1978 die nach langen Verhandlungen unter Federführung von Generalsekretär Kurt Waldheim zustandekommene Resolution 435.<sup>149</sup> Für den Fall der Unabhängigkeit wurde sogar die Entsendung von Polizei- und Zivilpersonal im Rahmen einer internationalen Überwachungsgruppe in Aussicht gestellt. Gleichzeitig erfolgten Maßnahmen vor allem im humanitären Bereich wie die regelmäßige Dotierung des UN Fund for Namibia, die finanzielle Unterstützung von einschlägigen Konferenzen oder nun erstmals auch Regierungsinterventionen zugunsten von politischen Gefangenen. Auch Einladungen an die Vereinten Nationen, eine Plenartagung des UN Council for Namibia (Juni 1985) oder im Jahr darauf die weltweit beachtete „International Conference for the immediate independence of Namibia“ in Wien abzuhalten, trugen Österreich den Ruf einer „progressiven und aufgeklärten Position“<sup>150</sup> ein. Es kann davon ausgegangen

---

<sup>147</sup> Ingomar Pust, Südafrika im Schußfeld (Klagenfurt 1975).

<sup>148</sup> Peter Jankowitsch, Österreich und die dritte Welt. Ein neues Kapitel Außenpolitik, in: Erich Bielka / Peter Jankowitsch / Hans Thalberg (Hg.), Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik (Wien-München-Zürich 1983), S. 257-292; Gerald Hödl, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995 (Wien 2004), S. 81-104; leider eher cursorisch bleibt Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts I (Innsbruck-Wien-Bozen 2005), S. 388-402 und S. 428-447.

<sup>149</sup> Zur heimischen Positionierung in dieser Frage vgl. Sauer / Zeschin, Österreichische Beziehungen zu Namibia, S. 65-68; Wolfgang Benedek / Christine Ainetter, Die politischen Beziehungen Österreichs zu Südafrika, in: Sauer / Zeschin (Hg.), Die Apartheid-Connection, S.15-39.

<sup>150</sup> So der UN High Commissioner for Namibia, Brian Mishra (Die Presse, 23. Jänner 1983).

werden, daß für viele dieser flankierenden Maßnahmen der langjährige UN-Botschafter und spätere österreichische Außenminister Peter Jankowitsch verantwortlich zeichnete.<sup>151</sup>

Gerade bei einer Reihe politisch entscheidender Materien jedoch hielt sich die heimische Außenpolitik deutlich zurück. 1973 stimmte Österreich in New York gegen die Anerkennung der namibischen Befreiungsbewegung, der SWAPO, als „authentic representative of the Namibian people“ (Res. 3111/XXVIII) und hielt sich somit die von Pretoria favorisierte Option der Anerkennung eines namibischen Marionettenregimes offen. Hinsichtlich der Anerkennung des „bewaffneten Kampfes des namibischen Volkes ... zur Erlangung von Selbstbestimmung, Freiheit und nationaler Unabhängigkeit“ enthielt man sich im Gleichklang mit den meisten westlichen Staaten 1976 immerhin nur der Stimme.<sup>152</sup> Unklar blieb die Regierungsposition zu Walvis Bay: Während Jankowitsch 1977 die Erklärung abgab, Österreich betrachte die Hafenstadt als Bestandteil namibischen Territoriums, wurde dieselbe weiterhin durch das österreichische Honorarkonsulat in Kapstadt mitbetreut – gegen die Aufforderung des UN-Sicherheitsrats, der südafrikanischen Besatzungsverwaltung keine diplomatische Anerkennung zu gewähren. Und last, but not least stimmte Österreich konsequent gegen internationale Sanktionen, welche Südafrika zum Rückzug aus dem illegal besetzten Gebiet veranlassen sollten, und gegen damit in Zusammenhang stehende prozedurale Materien (z. B. Ausschluß Südafrikas aus der UN-Vollversammlung).

Auch das Verhältnis zur South West African People's Organisation (SWAPO of Namibia) – immerhin der nicht nur international anerkannten, sondern auch vor Ort einzig relevanten Befreiungskraft – blieb lange Zeit ambivalent. Ihre breite Anerkennung sowie ihre Einbeziehung in alle einschlägigen UN-Verhandlungen brachten natürlich die Notwendigkeit auch offizieller Fühlungnahmen mit sich. Dies geschah vorerst auf der Ebene der Vereinten Nationen, wo Botschafter Jankowitsch über gute Kontakte zu SWAPO-Präsident Sam Nujoma verfügte<sup>153</sup> und in heimischen Medien deshalb häufig angegriffen wurde.<sup>154</sup> Auch Gespräche mit

---

<sup>151</sup> „Die schließlich positive Haltung Österreichs in der Namibiafrage, die immer wieder auch in der Presse vorhandene Sympathisanten der ‚Turnhalle‘-Gruppe zu sabotieren versuchten, war natürlich ein Ausfluß unserer damals generellen Opposition gegen das Apartheid-Regime, bestimmt auch von der Notwendigkeit, die Unterstützung von Dritte Welt-Staaten, besonders aus Afrika, für österreichische Anliegen (UN-Sitz Wien!) zu gewinnen. Dabei bin ich manchmal weiter vorgestoßen, als es manche am Ballhausplatz gerne gesehen hätten. In Erinnerung ist mir z. B. ein tadelnder Anruf des damaligen Generalsekretärs Alois Reitbauer [amtierte 1976-81, Anm. d. A.], nachdem ich eine sehr pro-namibische Rede in einer Namibia gewidmeten Sonder-Generalversammlung der UN (April 1978) gehalten hatte ... Sicher also hat die UN-Mission unter meiner Leitung dabei dem Ballhausplatz ein wenig die Hand geführt.“ (Peter Jankowitsch in einem E-Mail an den Autor vom 16. August 2006).

<sup>152</sup> APA, 20. Dezember 1976.

<sup>153</sup> „Meine Bekanntschaft und, man kann sagen, ein gewisses Naheverhältnis zu Sam Nujoma rührt tatsächlich aus der Zeit meiner Arbeit als UN-Botschafter her, wo wir uns natürlich öfter gesehen und gesprochen haben. Diese Kontakte gingen dann auch in meiner Zeit als Internationaler Sekretär der SPÖ weiter, wo ich Nujoma auch einmal zu einem Besuch nach Wien eingeladen habe ... Ich habe ihm damals auch empfohlen, um die Verankerung der SWAPO auch bei einigen fortschrittlichen deutschsprachigen Gruppen in Namibia zu demonstrieren, einen weißen Rechtsanwalt, der dann später leider ermordet wurde (Lubowski, Anm. d. A.), nach Wien mitzunehmen, was er auch getan hat.“ (Peter Jankowitsch in dem zit. E-Mail vom 16. August 2006).

<sup>154</sup> „Trotz ihres eindeutig terroristischen und kommunistischen Charakters genießt die SWAPO bei den Vereinten Nationen starke Unterstützung, die über den kommunistisch-afroasiatischen Block bis zu Österreichs UN-

Repräsentanten der „internen“ SWAPO in Windhoek – man hoffte auf eine Spaltung der Bewegung – kamen in Mode.<sup>155</sup> Direkte Kontakte in Österreich ließen allerdings auf sich warten – wohl auch aus Rücksicht auf die teilweise wütenden Ausfälle rechtsgerichteter Journalisten.<sup>156</sup> Die erste bekannte persönliche Begegnung Kreiskys mit einem Vertreter der Bewegung erfolgte im Mai 1977 im Rahmen eines Gesprächs mit dem damaligen Westeuropa-Vertreter der SWAPO, Peter Katjavivi, und einem Repräsentanten des südafrikanischen African National Congress, Reginald September, in Wien; Kreisky hätte dabei „die volle Unterstützung der Sozialistischen Partei – auch im Rahmen der Sozialistischen Internationale – für ihre Befreiungsbewegungen zugesagt.“<sup>157</sup> Anlässlich seines damaligen Aufenthalts nahm Katjavivi (heute Botschafter der Republik Namibia in der BRD) am 19. und 20. Mai 1977 auch an verschiedenen Veranstaltungen teil – die ersten öffentlichen SWAPO-Auftritte in Österreich!<sup>158</sup>

Von mehreren Organisationen, linken Gewerkschafter/innen, Menschenrechts- und kirchlichen Gruppen waren die Vorgänge im Südlichen Afrika mittlerweile beunruhigt aufgegriffen worden; zum ersten Mal seit langem begann eine apartheid-kritische (Teil-) Öffentlichkeit zu entstehen. Anlässe dafür gab es viele: ein großer Investitionsplan der verstaatlichten Vöest-Alpine in der südafrikanischen Stahlindustrie (Saldanha Bay), gegen den sich selbst der Bundeskanzler wendete und der zu einer öffentlichen Kontroverse über Wirtschaftsbeziehungen zu Pretoria führte<sup>159</sup>, ein heftiger Streit innerhalb der Evangelischen Kirche über das

---

Botschafter Peter Jankowitsch reicht.“ (Lucian O. Meysels, Afrika: Krieg der Stellvertreter. II: Weißer Zapfenstreich, in: Wochenpresse, Wien, 7. Juni 1978).

<sup>155</sup> So besuchte z. B. der damalige Vorsitzende des Bundesrates, Herbert Schambeck (Österreichische Volkspartei), den südafrikanischen Generaladministrator Steyn und den Vorsitzenden der Inlands-SWAPO, Daniel Tjongarero, in Windhoek (Wiener Zeitung, Wien, 1. Oktober 1978).

<sup>156</sup> „Je mehr die Terroristen des SWAPO-Häuptlings Nujoomo [sic] wüten, umso höher steigt offenkundig ihr Ansehen im demokratischen Index der Vereinten Nationen und der Regierungen in Washington und Großbritannien. Und Herr Waldheim, der brave Opportunist aus Österreich, hat es ja erst kürzlich im österreichischen Fernsehen bestätigt...: Eine ‚Demokratie‘ ohne SWAPO-Terroristen ist für die UNO nun mal kein Diskussionsgegenstand.“ (Peter Klar, in: Volksblatt, Linz, 13. April 1979).

<sup>157</sup> APA, 21. Mai 1977.

<sup>158</sup> Sauer / Zeschin, Österreichische Beziehungen zu Namibia, S. 82 f.– Botschafter Katjavivi schrieb am 5. Februar 2008 in einem E-Mail an den Autor: „I indeed remember that meeting with then Chancellor Kreisky. I flew in from London where I was based as SWAPO's representative for the UK and Western Europe. Thus I represented SWAPO in the meeting with the Chancellor. The meeting was organised by the ruling party and various NGOs that were part of the labour movement. I was astonished to note how positive and strong the support was to the liberation movements. This was again reinforced in the meeting with Chancellor Kreisky. I noticed that the socialist international umbrella body was very active and keen to reach out to the liberation movements from Southern Africa. Apart from the meeting with Chancellor Kreisky I had contact in Austria with the churches and youth as well as student organisations. Also I remember that we had ties with a documentation network whose membership was composed of academics and had links with other academic institutions in Austria“.

<sup>159</sup> Theresia Zeschin, Investieren wegen Apartheid, in: Sauer / Zeschin (Hg.), Die Apartheid-Connection, S. 113-127, hier: S. 118-121.

Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates, das vom Bischof boykottiert wurde<sup>160</sup>, Aktionen des Österreichischen Komitees für Angola, Moçambique und Guinea-Bissão oder eine von linken Studenten in ganz Österreich durchgeführte Kampagne zur Unterstützung der süd-rhodesischen Befreiungsbewegung ZANU.<sup>161</sup> Allgemein stießen die brutale Niederwerfung des Schüler/innen/aufstands in Soweto 1976 durch die südafrikanischen Sicherheitskräfte sowie die folgenden Ereignisse auf starke Resonanz. Mehrfach wurde im Kontext kritischer Stellungnahmen zur Apartheidpolitik auch die Situation in Namibia thematisiert. Neben den erwähnten Veranstaltungen mit Katjavivi verwies etwa Amnesty International Österreich auf die verbreitete Inhaftierung namibischer Oppositioneller ohne Gerichtsverfahren und andere Menschenrechtsverletzungen des südafrikanischen Besatzungsregimes.<sup>162</sup>

Noch handelte es sich freilich um ad hoc-Aktivitäten, die parteipolitische und ideologische Grenzen nicht überschritten und zumeist eingebettet in andere entwicklungspolitische oder menschenrechtliche Themen erfolgten. Erst durch die Gründung der Anti-Apartheid-Bewegung (AABÖ) 1976/77 entstand eine überparteiliche und ausschließlich dem Südlichen Afrika gewidmete Solidaritätsplattform.<sup>163</sup> Enge Beziehungen zum südafrikanischen African National Congress waren von Anfang an gegeben, und auch Kontakte zur SWAPO wurden alsbald hergestellt. Der erste von der AABÖ organisierte Arbeitsbesuch eines hochrangigen SWAPO-Repräsentanten (von Timothy Hadino Hishongwa, dem damaligen SWAPO-Vertreter in Skandinavien, heute namibischer Botschafter in Botswana) kam im Juni 1981 zustande; im Vordergrund seiner Gespräche mit Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Außenministeriums und beider Großparteien (SPÖ und ÖVP) standen Möglichkeiten humanitärer Hilfe, vor allem von Unterstützung für die namibischen Flüchtlinge in Angola. Durch die Errichtung der SWAPO-Vertretung für die BRD und Österreich in Bonn, die von Nghidimondjila Shoombe († 2004) geleitet wurde, kamen intensivere Verbindungen zustande.<sup>164</sup>

Koordiniertes Lobbying führte zu Kooperationen mit den österreichischen Hilfswerken (Volkshilfe und Caritas), der damaligen Entwicklungshilfe-Abteilung des Bundeskanzleramtes (später Sektion Entwicklungshilfe im Außenministerium), mit den Steyr-Werken, der steirischen Landesregierung, dem Grazer Institut für Völkerrecht und entwicklungspolitisch engagierten Organisationen. Auch an Aktivitäten des von Alex Wüstenhagen geleiteten United Nations Information Service (UNIS) in Wien ist zu erinnern, während die katholischen Verbände – angesichts dünner Missionsverbindungen<sup>165</sup> offenbar nur wenig

---

<sup>160</sup> Erika Fuchs, Ökumenischer Rat der Kirchen – Antirassismus-Programm 1969-1979. Eine Dokumentation (=Aktuelle Reihe des Reformierten Kirchenblattes, Wien 1979); Albert Brandstätter (Hg.), Konflikte leben. 40 Jahre Evangelische Akademie Wien 1952-1992 (=Veröffentlichungen der Evangelischen Akademie 9, Wien 1992), S. 103-106.

<sup>161</sup> Sauer, Österreichs Beziehungen zu Zimbabwe, S. 33.

<sup>162</sup> APA, 23. Mai 1977.

<sup>163</sup> Walter Sauer, Austria and South Africa during Apartheid, erscheint in: South African Democracy Education Trust (Hg.), The Road to Democracy in South Africa: International Solidarity I (Pretoria 2008).

<sup>164</sup> Zum Folgenden vgl. Sauer / Zeschin, Österreichische Beziehungen zu Namibia, S. 82-84.

<sup>165</sup> Nach dem erwähnten Ende der Zuordnung des südnamibischen Missionsgebiets zu den österreichischen Franz von Sales-Oblaten waren nur mehr vereinzelt heimische Priester und Schwestern in Namibia tätig, zumeist im Rahmen der deutschen Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria (LThK VII <sup>2</sup>1962, Sp. 1085), die den nördlichen Landesteil missionierten. Unter diesen wenigen befand sich seit 1966 der aus dem Salzburger

motiviert – auffallend fehlten. 1983 wurde von World University Service Austria mit einem Alphabetisierungsprojekt für Frauen in SWAPO-Flüchtlingslagern in Angola und Zambia begonnen; im Zusammenhang damit stand ein im März 1984 in Graz abgehaltenes „Namibia-Seminar“, an dem auch der damalige „Erziehungsminister“ der SWAPO, Nahas Angula (der heutige Ministerpräsident Namibias), teilnahm und in dessen Verlauf erstmals in Österreich eine ausführliche Beschäftigung mit den Bildungsplänen der SWAPO für ein unabhängiges Namibia erfolgte. Auf Einladung der Sozialistischen Partei (SPÖ) erfolgte im September 1985 der erste Österreich-Besuch von SWAPO-Präsident Sam Nujoma und weiterer führender Funktionäre; in Gesprächen mit Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzendem Fred Sinowatz, Altkanzler Bruno Kreisky, ÖVP-Parteivorsitzendem Alois Mock, FPÖ-Klubobmann Friedrich Peter sowie dem Leitenden Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Alfred Ströer, forderte die SWAPO-Delegation die Verhängung österreichischer Sanktionen gegen Südafrika (aufgrund der Namibia-bezogenen Resolutionen des Weltsicherheitsrates 566 und 569/85) sowie eine verstärkte Unterstützung für ihre Bewegung. Auch ein ausführliches Zusammentreffen Nujomas mit der Anti-Apartheid-Bewegung stand auf dem Programm, und der damalige Informationssekretär der SWAPO, Hidipo Hamutenya (nach der Unabhängigkeit lange Zeit Regierungsmitglied und heute Vorsitzender der oppositionellen Rally for Democracy and Progress), sprach vor tausenden Demonstranten zum Thema „Sanktionen jetzt“ auf dem Ballhausplatz. Wenige Tage darauf beschloß der österreichische Ministerrat zum ersten Mal wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Südafrika.

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Situation in Namibia – und nicht zuletzt auch in Südafrika selbst – hatten die Aktivitäten der Anti-Apartheid-Bewegung eine fortschreitende Akzeptanz der SWAPO in Öffentlichkeit und Regierung (seit 1983 eine Koalition der SPÖ zunächst mit der Freiheitlichen Partei, ab 1986 mit der Österreichischen Volkspartei) zur Folge. Dessenungeachtet waren die 1980er Jahre von schweren politischen Konfrontationen geprägt. Auch Südafrika hatte sich im Kampf um die öffentliche Meinung des Einflußfaktors „Nichtregierungsorganisation“ bedient. Bereits 1977 war es auf Initiative der südafrikanischen Botschaft in Wien zur Formierung eines vor allem von Frauen getragenen Vereins Flüchtlingshilfe für Ovamboland gekommen.<sup>166</sup> Dieser hatte sich die Aufgabe gestellt, Projekte des – international nicht anerkannten – Südwestafrikanischen Roten Kreuzes in Ovamboland und Kavango materiell zu unterstützen sowie „Aufklärungsaktivitäten“ über die „wirkliche“ Situation in Namibia zu setzen. Unter Federführung der Ökonomin Ingrid Fleischmann wurden zunächst Hilfsaktionen aus privaten Spenden gestartet; 1980 jedoch genehmigte auch der von der Bundesregierung eingerichtete Solidaritätsfonds für die Kinder der 3. Welt fast 1,5 Mio Schilling für das Vereinsprojekt. Sowohl innerhalb Österreichs als auch international stieß diese Entscheidung auf vehemente Kritik: einerseits, weil es sich dabei um eine flagrante Unterstützung der südafrikanischen Besatzungsverwaltung in Namibia handelte (angeblich wurde die Verteilung der Hilfsgüter teilweise sogar über die südafrikanische Armee durchgeführt), und andererseits angesichts der undurchschaubaren Flüchtlingssituation im militärischen Sperrgebiet. „It is not clear“, formulierte eine namibische Zeitung 1982, „whether all the refugees are in Namibia voluntarily, or whether some have been forced into Owambo by SA troops intent on creating a 250 km buffer zone within Southern

---

Lungau stammende Pater Philip Pöllitzer, der 2007 zum Bischof von Keetmanshoop ernannt wurde (APA, 31. Mai 2007).

<sup>166</sup> Dazu ausführlich Sauer / Zeschin, Österreichische Beziehungen zu Namibia, S. 78-80.



Angola.“<sup>167</sup> Auch an Angehörige der angolischen Terrorbewegung UNITA sollen Unterstützungen geflossen sein. Die Kritik war immerhin teilweise erfolgreich: Das Projekt mußte zugunsten von „Kinderausspeisungen im Kaokoveld“ modifiziert werden, und gleichsam zum politischen Ausgleich wurde vom Kinderhilfsfonds auch ein Antrag der AABÖ für Flüchtlingsprojekte der SWAPO in Zambia und Angola in Höhe von 1,5 Mio Schilling (später aufgestockt auf 2 Mio) genehmigt.

Eine zweite Kontroverse mit der Regierung betraf die, wie erwähnt, stark steigenden und völkerrechtlich problematischen Kupferimporte. 1974 hatte der UN Council for Namibia das sog. Dekret Nr. 1 verabschiedet, welches die Nutzung der natürlichen Reichtümer Namibias von einer Genehmigung des Rates abhängig machte.<sup>168</sup> 1985 hatte auch der österreichische Außenminister, Leopold Gratz, die „Ausbeutung der namibischen Rohstoffe durch ausländische Wirtschaftsinteressen“ verurteilt.<sup>169</sup> Ein Jahr danach allerdings, anlässlich der Veröffentlichung der Außenhandelsstatistik 1985, sah sich die Anti-Apartheid-Bewegung in einer Pressekonferenz zu der Frage veranlaßt, „ob seitens Österreichs eine internationale Genehmigung seiner Kupferimporte aus dem illegal besetzten Territorium eingeholt worden sei oder ob in Österreich gestohlenen Gut verarbeitet würde und die betreffenden Firmen somit durch ein freies Namibia vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt und zu Schadenersatz ... verpflichtet werden könnten“.<sup>170</sup> Öffentliches Aufsehen suchte die Regierung zunächst zu kalmieren: Geeignete Rechtsinstrumente zur innerstaatlichen Umsetzung von Dekret Nr.1 wären in Österreich nicht vorhanden, und das namibische Kupfer würde nur indirekt – über die Londoner Metallbörse – eingeführt. Die umstrittenen Kupferimporte allerdings gingen in den folgenden Jahren eher zurück.

Letztendlich setzte sich auch die propagandistische Auseinandersetzung weiter fort.<sup>171</sup> Schon das Namibia-Buch Fritz Sittes, eines Kärntner Sensationsjournalisten, der zu den frühesten ausländischen Propagandisten von UNITA-Chef Jonas Savimbi zählte<sup>172</sup>, war aufgrund seiner Rechtfertigung der militärischen Operationen der südafrikanischen Armee im Süden Angolas nicht unwidersprochen geblieben.<sup>173</sup> Zunehmend traten weiters Kontroversen über die von Südafrika 1985 eingesetzte „Interimsregierung“, die eine Alternative zum Unabhängigkeitsplan der Vereinten Nationen darstellen sollte, in den Vordergrund. Vor allem zwischen der (von Südafrika geförderten) Demokratischen Turnhalle-Allianz (DTA) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wurden namentlich planmäßig Verbindungen aufgebaut. Toleriert, wenn nicht sogar begünstigt durch das Außenministerium, das seit 1986 unter ÖVP-

---

<sup>167</sup> Windhoek Advertiser (Windhoek), 3. September 1982.

<sup>168</sup> Zum bindenden Charakter von Dekret Nr. 1 vgl. Julio Faundez, Namibia: the relevance of international law, in: Third World Quarterly 8/2 (1986), S. 540-558, hier: S. 549-551 sowie die Dokumentation über den ersten vom UN Council angestregten Musterprozeß: The URENCO Case. Namibia Bulletin (New York), vol. XI/7, July 1988.

<sup>169</sup> APA, 4. Juni 1985.

<sup>170</sup> Sauer / Zeschin, Österreichische Beziehungen zu Namibia, S. 75.

<sup>171</sup> Zum Folgenden ebda., S. 77 und S. 80-82.

<sup>172</sup> Zu Sittes vgl. William Minter, Apartheid's contras. An inquiry into the roots of war in Angola and Mozambique (London-Johannesburg 1994), S. 189 u. ö.

<sup>173</sup> Fritz Sitte, Schicksalsfrage Namibia (Graz-Wien-Köln 1983); kritisch dazu Wolfgang Benedek in: Entwicklungspolitische Nachrichten (Wien), Heft 10/1983, S. 20 f.

Führung stand<sup>174</sup>, legten gegenseitige Besuche prominenter österreichischer Parlamentarier (wie von ÖVP-Klubobmann Fritz König) und namibischer Regierungspolitiker (u. a. Dirk Mudge) sowie von christlichen Gewerkschaftern aus beiden Ländern die Fundamente für das offene Engagement der ÖVP im Wahlkampf 1989 zugunsten der DTA. Umgekehrt wurden persönliche Kontakte zwischen österreichischen Anti-Apartheid-Aktivistinnen und namibischen Oppositionellen mehrfach durch die Verweigerung von Ein- bzw. Ausreisevisa (z. B. für Zephanja Kameeta) durch Pretoria und Windhoek behindert.

Dessenungeachtet nahm die Präsenz der SWAPO in Österreich deutlich zu. Landesweite Vortragstourneen, teilweise mit finanzieller Unterstützung des UN Council for Namibia, boten SWAPO-Vertretern wie Shoombe oder dem heutigen namibischen Botschafter bei der EU, Hanno Rumpf, die Möglichkeit, den namibischen Unabhängigkeitskampf zu präsentieren; humanitäre Hilfsaktionen der Anti-Apartheid-Bewegung, der Sozialistischen Partei (mobilisiert u. a. durch die engagierte Abgeordnete Waltraud Schütz [† 2005]) u. a. kamen namibischen Flüchtlingen in Angola und Zambia zugute. Die Verhaftung zahlreicher oppositioneller Politiker und Gewerkschafter 1987 in Windhoek (unter ihnen des Rechtsanwalts Anton Lubowski, der als Mitglied von Nujomas Delegation erstmals in Wien gewesen war) führte zu einem Protest der Regierung.<sup>175</sup> Im Juli 1988 wurde Lubowski mit dem renommierten Dr. Bruno Kreisky-Menschenrechtspreis ausgezeichnet, den in früheren Jahren der inhaftierte südafrikanische Freiheitskämpfer Nelson Mandela sowie der südafrikanische Befreiungstheologe Beyers Naudé erhalten hatten.

Am 1. April 1989 konnte endlich die von Resolution 435 vorgesehene Übergangsperiode zur Unabhängigkeit beginnen. Seitens der Bundesregierung in Wien wurde, wie der UNO 1978 zugesagt, ein Polizeikontingent für die United Nations Transitional Assistance Group/UNTAG abgestellt;<sup>176</sup> zur Wahlbeobachtung wurde allerdings nur der Botschafter in Pretoria entsendet. Die Anti-Apartheid-Bewegung startete eine landesweite Spendenkampagne für den Wahlkampf der SWAPO – die größte Solidaritätsaktion in der Geschichte der Organisation, politisch von der SPÖ und den Grünen sowie von Geistlichen beider großen Konfessionen unterstützt. Mehr als 1,2 Mio Schilling für die Flüchtlingsrückführung sowie die Errichtung des Namibia Communication Centre in Windhoek wurden darüber hinaus von der katholischen Dreikönigsaktion aufgebracht.<sup>177</sup> Mehrere Nichtregierungsorganisationen verfolgten über Beobachter/innen (u. a. Heinz Holley, Adalbert Krims, Hannah Golda) den Wahlkampf und die ersten freien Wahlen vor Ort. Umgekehrt traten Südafrika nahestehende Kreise, vorwiegend in der ÖVP und rechts von ihr angesiedelt, vehement für die Unterstützung der DTA ein. Namibia war endgültig zu einem innerösterreichischen Konflikt geworden.<sup>178</sup>

---

<sup>174</sup> Der österreichische Außenminister Alois Mock war bis 1987 auch Vorsitzender des konservativen Weltverbandes, der International Democratic Union (IDU), dem die DTA als Assoziiertes Mitglied angehört. Als Ausnahmen innerhalb der ÖVP galten allerdings die Abgeordneten Heribert Steinbauer und Felix Ermacora, mit denen eine konstruktive Gesprächsbasis hinsichtlich Namibia und Südafrika stets aufrechterhalten werden konnte.

<sup>175</sup> Wiener Zeitung, 4. September 1987.

<sup>176</sup> Eine zusammenfassende Analyse des heimischen UNTAG-Einsatzes liegt leider nicht vor; eher cursorisch vgl. Harald Gaß, Österreich im Dienste des Friedens. 30 Jahre Beteiligung an UN-Friedensmissionen (Wien 1990), S. 143-152 sowie 177-183 (Abb.).

<sup>177</sup> Wiener Zeitung, 21. Juni 1991.

<sup>178</sup> Vgl. Christina Schweighofer, Namibia-Wahlen aktivieren Lobbies. Österreichische Vereine im Kampf pro und kontra Swapo, in: Die Presse, 13. Juni 1989.

#### IV. Ein schwieriges Verhältnis: Österreich und das unabhängige Namibia

Bei den offiziellen Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Windhoek am 21. März 1990 war Österreich in Form zweier Delegationen vertreten: Von staatlicher Seite waren als „Sonderbeauftragter der Bundesregierung“<sup>179</sup> der Generalsekretär des Außenministeriums und spätere Bundespräsident Thomas Klestil sowie Botschafter Alexander Christiani aus Pretoria entsendet worden; seitens der Anti-Apartheid-Bewegung nahmen auf Einladung von SWAPO-Vorsitzendem Sam Nujoma – des designierten namibischen Staatspräsidenten – Elfriede Pekny († 2004) und der Autor dieses Beitrags an den Festakten teil.

Ähnlich wie zehn Jahre vorher im Falle von Südrhodesien hatte nun auch in Namibia die Verbindung von internem Widerstand und externen Sanktionen alle neokolonialen Manöver durchkreuzt und der repräsentativen Befreiungsbewegung eine demokratisch legitimierte Regierungsübernahme ermöglicht; auch so manche österreichische „Expertenmeinung“ war damit desavouiert worden. Trotz schwieriger Wahlkampfbedingungen hatte die SWAPO eine überragende absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten erzielt. Namibia hatte seine staatliche Souveränität (d. h. das Ende der südafrikanischen Okkupation) durchgesetzt, und die einstimmig beschlossene Verfassung wie auch das Programm der von Nujoma ernannten Koalitionsregierung sahen die Gleichheit aller Bürger und Bürgerinnen vor, d. h. die Abschaffung von rechtlich und sozial erzeugter rassistischer Diskriminierung. Gleichzeitig war klar, daß die Überwindung der von Kolonialismus und Apartheid verursachten Armut sowie die Schaffung von gerechteren gesellschaftlichen Strukturen eine gewaltige Herausforderung an die zukünftige namibische Politik darstellen würden. War die Rolle Österreichs hinsichtlich der Unabhängigkeit Namibias, über den gesamten Nachkriegszeitraum hinweg betrachtet, insgesamt eine ambivalente gewesen, so eröffneten die neuen staatlichen Rahmenbedingungen nunmehr die Chance, das bilaterale Verhältnis in Hinblick auf die beginnende gesellschaftspolitische Transformation des Landes neu zu definieren.

Das Ausmaß der Unterstützung, die während der UN-kontrollierten Übergangsphase 1989/90 sowohl von großen Teilen der österreichischen Bevölkerung wie – wenn auch mit Einschränkungen – seitens der Regierung geleistet worden war, ließ ein solches Szenario nicht unrealistisch erscheinen. Hinzu kam, daß in Südafrika selber die Legalisierung aller verbotenen politischen Organisationen sowie die Freilassung von Nelson Mandela im Februar 1990 die Möglichkeit eines Verhandlungsprozesses über die Abschaffung der Apartheid und die Perspektive einer politischen Entspannung im Südlichen Afrika eröffneten.

Gegenteilig fielen allerdings mehrere Faktoren ins Gewicht: der hartnäckige Widerstand konservativer Kreise (mit erheblichem Einfluß im Außenministerium) gegen eine Unabhängigkeit des Landes unter Führung der SWAPO sowie der Umstand, daß Österreich – beginnend mit der Schließung der österreichischen Botschaft in Lusaka/Zambia Ende 1988 – seine Präsenz im Bereich der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) gerade damals merklich verdünnte. Generell verlor Afrika angesichts der Veränderungen in Osteuropa und der Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft weiter an Bedeutung. Hinzu kam die im Gleichklang mit Brüssel stehende Präferenz der wirtschaftlichen und

---

<sup>179</sup> Eine protokollarisch höherrangige Teilnahme war von Außenminister Mock abgelehnt worden – vermutlich mit Hinblick darauf, daß der damals als Bundespräsident amtierende Kurt Waldheim auf Druck der USA nicht zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten eingeladen worden war.

politischen Entscheidungsträger für das nunmehr als „moderat“ eingeschätzte Regime in Pretoria (Empfang des südafrikanischen Staatspräsidenten De Klerk im Juni 1993 im Parlament in Wien).<sup>180</sup> Ein konsistenter „solidarischer“ Zugang bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen in den verschiedenen Bereichen kam also wiederum nicht zustande.

Nach Ansicht der Politiker am Wiener Ballhausplatz hatten die Glückwunschsbotschaft des Bundespräsidenten an Nujoma sowie die Entsendung eines „Sonderbeauftragten“ zum Staatsakt anlässlich der Unabhängigkeit die Anerkennung des neuen Staates Namibia durch Österreich „konkudent“ zum Ausdruck gebracht.<sup>181</sup> Allerdings bestanden unterschiedliche Auffassungen über die Form der Anbahnung von diplomatischen Beziehungen. Während Österreich, wie aus der Vergangenheit gewohnt, Kontakte über seine UN-Vertretung in New York aufnehmen wollte, bestand Namibia auf bilateralen Gesprächen. Diese begannen Mitte Juni 1990 mit einem Besuch des österreichischen Missionschefs in Zimbabwe, dem der bisher der Botschaft Pretoria zugeordnete Amtsbereich Namibia übertragen worden war, in Windhoek; in der erwähnten parlamentarischen Anfragebeantwortung vom August nannte Außenminister Alois Mock allerdings auch „Personalknappheit und ... Organisationsschwierigkeiten in dem jungen Staat Namibia“ als Ursachen für die Verzögerung. Erst per 5. Oktober 1990 fand schließlich die formelle Aufnahme der diplomatischen Beziehungen statt.<sup>182</sup>

Auf noch größere Schwierigkeiten stieß die Etablierung einer österreichischen Vertretung in Windhoek. Der ursprünglich bestehende Plan, den prominenten SWAPO-Politiker und Menschenrechtspreisträger Anton Lubowski zum österreichischen Honorarkonsul zu ernennen, war mit dessen Ermordung durch einen südafrikanischen Rechtsradikalen am 12. September 1989 gescheitert. Es wurde daher zwar ein Honorarkonsulat errichtet, dieses aber im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen im „deutsch-namibischen“ Ambiente verankert.<sup>183</sup> Weiters war seitens der Solidaritätsbewegung auch die Errichtung einer Botschaft gefordert worden, was schließlich von den außenpolitischen Sprechern aller vier Parlamentsparteien befürwortet wurde.<sup>184</sup> Mitte 1990 kündigte das Außenministerium tatsächlich für 1991 die Eröffnung einer kleinen Botschaft in Windhoek an.<sup>185</sup> Das Vorhaben, das vom damaligen Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats, Peter Jankowitsch, begrüßt, von rechtsgerichteten Kreisen

---

<sup>180</sup> Vgl. dazu im einzelnen Walter Sauer, Von der Schwierigkeit, auf Entwicklung zu reagieren. Österreichs Beziehungen zum Südlichen Afrika seit 1980, in: Gabriele Slezak / Richard Langthaler (Red.), Österreich und die Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / SADC (Wien 1998), S. 81-93, hier: S. 88.

<sup>181</sup> Hier und im Folgenden nach der Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen durch den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten vom 20. August 1990, II-12311 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XVII. Gesetzgebungsperiode.

<sup>182</sup> Der Standard (Wien), 6./7. Oktober 1990.

<sup>183</sup> Durch die Ernennung des Geschäftsmanns Friedrich Pfaffenthaler (The Namibian, Windhoek, 8. Februar 1991). Nach dessen Resignation und einem längeren Interregnum folgte 1997 der Hotelbesitzer Erich Wannemacher, der bis heute amtiert.

<sup>184</sup> Entwicklungspolitische Nachrichten, Heft 12/89, S. 14.

<sup>185</sup> Generalsekretär Klestil in einem Interview mit dem Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung (Wien), Heft 55/1990, S. 11-13, hier: S. 12.

kritisiert<sup>186</sup> und von Außenminister Alois Mock wohl ohnehin nicht ernsthaft verfolgt wurde, kam allerdings nie zustande. Während die Botschaft in Pretoria personell aufgestockt wurde, war Österreich in Namibia ein Jahr nach der Unabhängigkeit diplomatisch also kaum präsent.

Auch auf dem Gebiet der jetzt spruchreif werdenden<sup>187</sup> Entwicklungszusammenarbeit setzte sich der Richtungsstreit fort. Forderungen nach Wirtschafts- und Entwicklungshilfe sowie anderen Maßnahmen, „die eine eigenständige [sic!] Entwicklung Namibias ... fördern“, waren Ende 1989 von der Österreichischen Namibia-Gesellschaft (ÖNG) – die von der Anti-Apartheid-Bewegung als bilaterale Freundschaftsgesellschaft mit einem unabhängigen Namibia gegründet worden war<sup>188</sup> – erhoben worden. Anlässlich seiner Reise nach Windhoek hatte Generalsekretär Klestil „konkretere Schritte zu einer intensivierten Entwicklungszusammenarbeit“ in Aussicht gestellt.<sup>189</sup> Die entwicklungspolitische Verantwortlichkeit im Außenministerium lag damals allerdings in den Händen eines ultrakonservativen Sektionschefs (Erich Hochleitner), weshalb es nicht verwundert, daß das erste Projekt nach der Unabhängigkeit neuerlich ein „Schulausspeisungsprogramm für bedürftige Kinder“ des Südwestafrikanischen (nun: Namibischen) Roten Kreuzes zum Gegenstand hatte (2,1 Mio Schilling, abgewickelt über das DTA-nahe Komitee Hilfe für Namibia). Erst nachdem die Sektion Entwicklungszusammenarbeit per Februar 1991 wieder in die Kompetenz des Bundeskanzleramtes (speziell des damals als Europa-Staatssekretär fungierenden Botschafters Peter Jankowitsch) übergegangen war, kamen konzeptuelle Neuansätze zum Tragen. Auf Vorschlag von N. Shoombe, damals Permanent Secretary im Ministry for Local Government and Housing, wurde im Oktober ein Protokoll mit dem Generaldirektor der National Planning Commission, Zed Ngavirue, unterzeichnet, demzufolge Österreich 12,4 Mio Schilling für Wohnungsbauten in Oshakati und Ondangwa verfügbar machte – ein frühes Beispiel sog. Budgethilfe, wie sie in späteren Jahren populär werden sollte. Ebenfalls 1991 begann das schon erwähnte IIZ mit einem längerfristig angelegten Projekt „The Bridge –

---

<sup>186</sup> „Am grotesksten wird es von diplomatischen Experten empfunden, daß Österreich jetzt daran geht, ausgerechnet in Namibia eine neue Botschaft aufzumachen. Es ist zwar bisher nicht einmal gelungen, mit dem 1,1-Millionen-Land im Südwesten Afrikas alle Formalitäten zu erledigen, aber einige sozialistische Hinterbänklerinnen im Parlament konnten das Projekt bereits durchdrücken...“ (Andreas Unterberger, Rotweißrot bis in den letzten Erdenwinkel?, in: Die Presse, 17. Juli 1990).

<sup>187</sup> In geringem Umfang hatte es private und öffentliche „Entwicklungshilfe“ schon früher gegeben. Katholische Organisationen hatten in den 1960er Jahren Missionsprojekte finanziell und personell unterstützt, und mit staatlicher Förderung hatte erstmals – trotz gewisser politischer Bedenken – das Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) in den frühen 80er Jahren Vorarbeiten zu einem Lehrerfortbildungsprojekt „für ein unabhängiges Namibia“ durchgeführt. Hinzu waren die erwähnten Flüchtlingsprojekte sowie Stipendien für namibische Studenten (vorwiegend an der Univ. Graz) gekommen. Insgesamt waren bis zum Beginn des Übergangsprozesses 1989 knapp 4,4 Mio Schilling (ca. 370.000 Euro) aus öffentlichen Mitteln in namibia-bezogene Projekte innerhalb wie außerhalb des umstrittenen Territoriums geflossen (Vgl. Franz Breitwieser, Österreichische Entwicklungshilfe an die Länder der SADC, in: Österreich-Afrika. Sonderheft 1 des Journal für Entwicklungspolitik, Wien 1993, S. 133-208, hier insbes. Tabellen 1-3, 5 und 8. Breitwiesers Angaben beruhen auf einer vom Autor dieses Beitrags angeregten Neuberechnung auf Basis der tatsächlich verbuchten Daten und sind daher in mancher Hinsicht genauer als die amtlich veröffentlichte Entwicklungshilfestatistik).

<sup>188</sup> Vgl. Claus Walter (Hg.), rot-weiß-rote PaN Geschichten 1945-2005 (Wien 2005), S. 349-352. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Linzer Entwicklungssoziologe Heinz Holley († 2002) gewählt.

<sup>189</sup> Wiener Zeitung, 20. März 1990.

Soziale Integration von Haftentlassenen“ in Marienthal, das von der katholischen Namibian Catholic Development Commission (NACADEC) angeregt und von der engagierten Entwicklungsarbeiterin Ulrike Gomelsky aufgebaut worden war (vgl. ihren Rückblick auf S. xxx). Insgesamt beliefen sich die gesamten ODA-Leistungen Österreichs für Namibia in den Jahren 1990 und 1991 auf 17 Mio Schilling (knapp 1,3 Mio Euro).<sup>190</sup> Im politischen Sprachgebrauch wurde Namibia 1992 als Schwerpunktland der heimischen Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet.<sup>191</sup>

Von der Pro-Namibia-Lobby als Erfolg verbucht, sollte sich diese Einstufung freilich nicht als dauerhaft erweisen. Die Ausarbeitung des (nicht nur für Schwerpunktländer) vorgesehenen sog. Länderprogramms verzögerte sich jahrelang. Interne politische Differenzen mögen dafür ebenso verantwortlich gewesen sein wie das Fehlen einer effektiven Supportstruktur vor Ort (es gab keine Botschaft, sondern nur ein funktionsarmes Honorarkonsulat, und selbst der Posten des Entwicklungsattachés in Harare, der Windhoek hätte mitbetreuen können, wurde vom Außenministerium nicht nachbesetzt).<sup>192</sup> Da aber ein Länderprogramm fehlte, konnte sich auch keine einigermaßen einheitliche Projektpolitik entwickeln; Konsens bestand weder über eine geographische Schwerpunktsetzung innerhalb des Landes noch hinsichtlich der Sektoren, in denen heimische Entwicklungs-NGOs tätig werden sollten. Projekte bezogen sich – abgesehen vom erwähnten Engagement im Strafvollzug – auf ein katholisches Erwachsenenbildungszentrum in Wanaheda, einen Staudamm im Caprivi (nicht realisiert), auf Kleingewerbeförderung in Kavango und Ovamboland, auf Frauenförderung oder Rechtshilfe für benachteiligte Gruppen. Aus Mitteln des Katastrophenfonds wurden weiters 1992 auf Ersuchen der ÖNG 1,5 Mio Schilling für Dürrehilfe an Namibia vergeben.

Auf Konzeption, Umsetzung und Meriten all dieser Projekte kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. In ihrer Gesamtheit spiegeln sie jedoch kaum ein konsistentes Programm zur Unterstützung der gesellschaftspolitischen Transformation Namibias wider. Ein politischer Dialog mit der neuen Führung in Windhoek über die Ziele ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik und Möglichkeiten ihrer Unterstützung war zudem kaum vorhanden, und häufig dominierten – nicht immer fachlich fundiert – Eigeninteressen von Durchführungsorganisationen bzw. Konsulent/inn/en der Entwicklungshilfeverwaltung.

Auf einer übergeordneten Ebene wurde gleichzeitig eine politische Debatte über eine Neuorientierung der österreichischen Entwicklungspolitik geführt. 1993 – unter Federführung der mehr am EU-Beitritt denn an Entwicklungszusammenarbeit interessierten Staatssekretärin Brigitte Ederer – kam es schließlich zur Vereinigung der traditionellen „Entwicklungshilfe“ (Afrika, Asien und Zentralamerika) mit der sog. „Osthilfe“ (im wesentlichen Wirtschaftsförderung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa) sowie zur Reduzierung der bisher neunzehn österreichischen Schwerpunktländer auf nur mehr acht (davon sechs in Afrika); die programmatische Basis dafür wurde im Juli 1993 vom Ministerrat beschlossen.<sup>193</sup> Für das schwach abgesicherte Schwerpunktland Namibia zog das schwerwiegende Konsequenzen nach sich. Schon im Rahmen der Sitzung des Entwicklungshilfebeirats vom 10. Dezember 1992 hatte Ingrid Fleischmann (Komitee Hilfe für Namibia) heftige Vorwürfe gegen die Regierung in Windhoek erhoben und eine

---

<sup>190</sup> Ebd.

<sup>191</sup> Außenpolitischer Bericht 1992. Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik. Bericht des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten (Wien 1992), S. 717.

<sup>192</sup> Vgl. Sauer, Von der Schwierigkeit, auf Entwicklung zu reagieren, S. 88 sowie Roland Baumgartner, Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia 1980-92 (unveröff. Seminararbeit Univ. Wien 1994).

<sup>193</sup> APA, 13. Juli 1993; Außenpolitischer Bericht 1993, S. 348-350.

„Überprüfung“ der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit verlangt; den Hintergrund dafür bildete die Ermordung eines DTA-Funktionärs im Zuge der Auseinandersetzung vor den ersten Regional- und Kommunalwahlen im Norden.<sup>194</sup> Eine vom Beirat eingesetzte Arbeitsgruppe gelangte zwar im Februar 1993 zu dem Ergebnis, es habe sich dabei um eine „Privatfehde“ gehandelt, und „die genannten Vorfälle ... [ließen] keinesfalls auf systematische Menschenrechtsverletzungen in Namibia schließen.“ Vor Abschluß dieser Prüfung allerdings freilich war die behördliche Entscheidung über die geographischen Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit bereits getroffen worden. Das neue Schwerpunktland im Südlichen Afrika hieß Moçambique.<sup>195</sup>

Obwohl das „Kooperationsland“<sup>196</sup> Namibia (für das ein Länderprogramm nun erstaunlich rasch beschlossen wurde) auch in Hinkunft einen gewissen Stellenwert im Rahmen der heimischen Entwicklungszusammenarbeit genoß, bedeutete diese Entscheidung für die erhoffte Intensivierung „solidarischer“ bilateraler Beziehungen nach der Unabhängigkeit doch einen herben Rückschlag. Gleichzeitig blieben die außenpolitischen Verbindungen – nicht untypisch für das Verhältnis Österreichs zu Afrika – sehr dünn. Auch auf dem Gebiet des Außenhandels war der erwartete Exportboom während und nach der Unabhängigkeitswerdung unter den Erwartungen geblieben. Nach Fluktuationen 1989-91 stellte sich das traditionelle Muster zunächst wieder ein (dominierend Kupfer und Blei bei der Einfuhr sowie Papier, Baumaterialien und nun auch Waffen bei der Ausfuhr), der Handel wurde nach wie vor hauptsächlich über südafrikanische Firmen abgewickelt, und seine Tendenz war insgesamt sinkend.<sup>197</sup>

Daß die Beziehungen Mitte der 1990er Jahre nicht ganz versandeten, war vor allem zwei politischen Interventionen zu verdanken. Zum einen war der unbefriedigende und von den Hoffnungen des Unabhängigkeitsjahres weit entfernte Zustand der bilateralen Beziehungen in Namibia nicht unbemerkt geblieben – zumal auch dortige Medien über den Streit um die entwicklungspolitische Einstufung berichtet hatten.<sup>198</sup> Staatspräsident Sam Nujoma nützte seine Teilnahme an der UNO-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 daher auch zu bilateralen Gesprächen, bei denen er Bundeskanzler Franz Vranitzky Vorschläge für eine Belebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit machte (Bergbau, Wiederaufforstung und Landwirtschaft) und die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Wien in Aussicht stellte.<sup>199</sup> Zum

---

<sup>194</sup> Vgl. SouthScan (London), 27. November 1992. Im Folgenden nach Dokumenten im Besitz des Verfassers.

<sup>195</sup> Moçambique, wo der Bürgerkrieg 1992 zu Ende gegangen war, wurde von einer breiten Lobby unterstützt, die vom Bundesheer bis zu UNDP reichte, und war parteipolitisch zudem nicht umstritten. Vgl. Walter Sauer; Österreich und der Transformationsprozeß in Moçambique, in: Journal für Entwicklungspolitik XIII/2 (1997), S. 199-207, hier: S. 203-205.

<sup>196</sup> Amtsintern ging man für „Schwerpunktländer“ von einem jährlichen Projektvolumen von etwa 50 Mio Schilling aus, während für „Kooperationsländer“ (wie in Hinkunft Namibia) ca. 20-30 Mio vorgesehen waren. Auch diese Summe wurde für Namibia allerdings kaum je erreicht.

<sup>197</sup> Der handelsstatistische Tiefpunkt vor dem österreichischen EU-Beitritt 1995 wurde 1994 mit 74,6 Mio Schilling import- und knapp 9 Mio exportseitig erzielt, nach dem Beitritt bei den Einfuhren 1999 mit 5,2 Mio und bei den Ausfuhren 1998 mit 5,4 Mio Schilling (Außenhandelsstatistik, Serie 2, Jahrgänge 1989-1999). Durch die veränderte statistische Erfassung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs sind die Angaben vor und nach 1995 nur bedingt miteinander vergleichbar.

<sup>198</sup> Namibia aid threat after human rights allegations, in: The Namibian, 18. Dezember 1992.

<sup>199</sup> APA, 26. Juni 1993 sowie Tageszeitungen 23. bis 26. Juni 1993.

anderen hatte 1993 eine Reise von österreichischen Parlamentsabgeordneten in verschiedene afrikanische Länder (Leitung: Peter Jankowitsch) mit der vehementen Kritik geendet, Afrika sei in der außenpolitischen Konzeption Österreichs „unterbelichtet“.<sup>200</sup> Vor allem die Befürchtung, das geringe österreichische Engagement in Afrika könnte den UNO-Standort Wien gefährden, veranlaßte das Außenministerium zu einer teilweisen Kurskorrektur. Unter Federführung der damaligen Leiterin des Afrika-Referats, Brigitte Öppinger-Walchshofer, und gegen Bedenken der Entwicklungshilfeverwaltung, die um ihre rigide Schwerpunktsetzung fürchtete, wurde ein Konzept Afrika 2000 entwickelt, das eine systematische Entwicklung der Beziehungen zu siebzehn sog. Fokus-Staaten vorsah.<sup>201</sup> Unter ihnen befanden sich mit Tanzania, Zimbabwe, Moçambique, Zambia, Botswana, Namibia und Südafrika sieben Staaten im Südlichen Afrika, gegenüber denen u. a. das diplomatische Beziehungsgefüge verdichtet werden sollte.

Beide Initiativen resultierten zunächst in der Errichtung einer namibischen Botschaft in Wien. Nujomas Besuch folgend wurde im Mai 1994 die namibische Missionschefin in der Bundesrepublik Deutschland, Nora Schimming-Chase (heute Abgeordnete für den oppositionellen Congress of Democrats im Parlament), für Österreich mitakkreditiert.<sup>202</sup> Ende des darauffolgenden Jahres richtete George Kayamo, heute SWAPO-Abgeordneter im Parlament, als erster in Wien residenter Geschäftsträger die damals noch als Außenstelle von Berlin konzipierte Vertretung ein.<sup>203</sup> In späteren Jahren kam mit der Errichtung von Honorarkonsulaten in Klagenfurt (Bernd Hesse) und Salzburg (Ingrid Weinberger) sogar ein kleines diplomatisches Netzwerk zustande. 2006, mit dem Wechsel von Chargé d’Affaires Daniel Smith zu Botschafterin Selma Ashipala-Musavyi, wurde das Büro in Wien schließlich zu einer eigenständigen Botschaft erhoben.

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Botschaft intensivierte sich auch der offizielle Besuchs Austausch – wobei das Interesse, gemessen an Häufigkeit und protokollarischem Niveau – offensichtlich stärker auf namibischer Seite lag. Abgesehen von mehreren Fachminister/inne/n, die zwischen

---

<sup>200</sup> Sauer, Von der Schwierigkeit, auf Entwicklung zu reagieren, S. 91.

<sup>201</sup> Brigitte Öppinger-Walchshofer, Das Konzept „Afrika 2000“. Neuorientierung der österreichischen Außenpolitik gegenüber den Staaten Afrikas südlich der Sahara, in: Journal für Entwicklungspolitik 12/2 (1996), S. 239-241.

<sup>202</sup> APA, 9. Mai 1994. Schimming-Chase in einem Interview über die Überreichung ihres Beglaubigungsschreibens an Bundespräsident Klestil: „Als ich mein Beglaubigungsschreiben an den Bundespräsidenten übergeben habe, als unsere Nationalhymne gespielt wurde, da liefen mir die Tränen übers Gesicht, ich hatte sie noch nie so schön gehört. Und auch mein Gespräch mit dem damaligen Präsidenten, so viel Verständnis, so viel Entgegenkommen ... Also die Art und Weise wie wir empfangen wurden in Österreich, das war sehr gut, wirklich sehr gut. Die Arbeit ging sehr flott, wir hatten schnell Hilfe. Wir konnten sehr schnell Büros eröffnen, obwohl ich traurig war, daß wir ein modernes Haus gekriegt haben, ich hätte lieber eine Botschaft in einem der schönen alten Gebäude gehabt. Die Beziehungen waren natürlich nicht so historisch und familiär wie mit Deutschland, aber es gab trotzdem sehr viel Interesse ...“ (INDABA, Wien, Heft 54/07, S. 12).

<sup>203</sup> „Der Anfang war nicht so leicht. Aber die Beziehung jetzt ist besser geworden und wird noch besser werden. ... Ich habe gute Erinnerungen an Wien. Ich habe immer den Eindruck gehabt, Wien war mein bester Posten. Die Leute waren interessant und sehr höflich.“ (ebda.). Aufgrund einer Absprache im Rahmen von Afrika 2000 stellte die Stadt Wien mehreren Fokusstaaten Botschaftsräumlichkeiten zur Verfügung, so u. a. Äthiopien, Namibia und Zimbabwe.



1993 und 1996 in Wien Gespräche führten<sup>204</sup>, ist hier vor allem die zweite, diesmal rein bilateral ausgerichtete offizielle Visite von Staatspräsident Sam Nujoma im März 1995 zu nennen. Nicht nur das politisch umfassende Programm schlug sich in einer ausführlichen Berichterstattung nieder (Nujoma traf u. a. mit Bundespräsident Klestil, Bundeskanzler Vranitzky, Außenminister Mock und Nationalratspräsident Heinz Fischer zusammen)<sup>205</sup>, sondern auch der Umstand, daß es wenige Wochen vorher in Windhoek zu einer vom namibischen Fernsehen übertragenen Begegnung mit dem österreichischen Oppositionspolitiker Jörg Haider (Freiheitliche Partei Österreichs) gekommen war.<sup>206</sup> Ob es sich dabei um einen „Zufall“ gehandelt hatte oder ob Nujoma damit – kurz vor seinem offiziellen Besuch – der nicht sehr Namibia-interessierten großen Koalition in Wien einen Wink mit dem Zaunpfahl geben wollte, muß offen bleiben.

Insgesamt begannen sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern. Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 rückten bilaterale Beziehungen zu außereuropäischen Ländern generell in den Hintergrund, und die außenpolitischen Positionen wurden – einseitiger, als dies notwendig gewesen wäre – exklusiv mit der Kommission und den Mitgliedsstaaten der EU in Brüssel koordiniert. Mehr und mehr nahm die politische Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit weltbankkonformen Charakter an. Tendentiell wurden bilaterale Kontakte mit afrikanischen Ländern seitens des Außenministeriums nur von der Sektion Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen und nicht mehr von der Politischen Sektion. Folgerichtig brach im Fall von Namibia auch der ohnehin ungleichgewichtige Besuchsaustausch auf Regierungsebene ab (als einziges heimisches Kabinettsmitglied war Finanzminister Viktor Klima 1995 in Windhoek gewesen); ein vorerst letzter Versuch gegenzusteuern – der Besuch einer österreichischen Parlamentarierdelegation unter Leitung des entwicklungspolitischen Sprechers der SPÖ, Alfred Gusenbauer (heute Bundeskanzler), 1997 in Namibia, Südafrika und Zimbabwe – blieb ziemlich folgenlos.<sup>207</sup> Selbst die potentiell spektakuläre Konferenz der Außenminister der Europäischen Union und der Southern African Development Community (SADC), deren termingerechte Abhaltung 1998 in die erste österreichische EU-Präsidentschaft fiel, hinterließ innerösterreichisch kaum Spuren.<sup>208</sup> Außenwirtschaftlich

---

<sup>204</sup> Laut Presseberichten im November 1993 Landwirtschaftsminister Anton von Wietersheim, im April 1995 Unterrichtsminister Nahas Angula, im Spätherbst desselben Jahres der stellvertretende Transportminister Klaus Dierks und im Juni 1996 die stellvertretende Gefängnisministerin Michaela Hübschle.

<sup>205</sup> Wiener Tageszeitungen, 13. bis 15. März 1995.

<sup>206</sup> Haiders offensichtlich von deutschnationalen „Südwestern“ organisierter Aufenthalt in Namibia war zwar privater Natur, erhielt aber durch die Anwesenheit des Staatspräsidenten bei seinem Vortrag in Windhoek sowie durch einen gemeinsamen Jagdausflug mit Nujoma einen offiziellen Anstrich. Seine anschließenden Äußerungen beim Aschermittwochtreffen der FPÖ in Ried im Innkreis („Selbst wo die Schwarzen eine solide Mehrheit haben, bringen sie nichts zusammen, aber Gott sei Dank gibt es dort unten Hunderte Österreicher, die das Arbeiten gelernt haben, und die bringen es denen auch bei“) erregten in Österreich erhebliche Empörung (Profil, Wien, 13. März 1995).

<sup>207</sup> Als einziges neues Element der bilateralen Beziehungen entstand auf Anregung des namibischen Umwelt- und Tourismusministers, Gert Hanekom, eine über die Entwicklungszusammenarbeit abgewickelte Machbarkeitsstudie über alternativen Tourismus in Kunene und Erongo (Außenpolitischer Bericht 1997, S. 309).

<sup>208</sup> Auch die teilweise dramatischen Appelle von Politiker/inne/n und Vertreter/inne/n der Zivilgesellschaft aus dem SADC-Raum an die EU, ihre Handelspolitik gegenüber dem Südlichen Afrika zu revidieren, wie sie 1998 im Rahmen der Konferenz „European-Southern African cooperation in a globalising world“ im Wiener Parlament erhoben wurden, blieben ungehört (Walter Sauer, Hg., The Vienna Conference. European – Southern African

sank das Volumen des bilateralen Handelsverkehrs – abgesehen von einzelnen großen Geschäftsabschlüssen, welche die Statistik im jeweiligen Jahr in die Höhe trieben (v. a. 1996 und 2001) – deutlich ab, und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit waren die späten 1990er Jahre zwar durch relativ hohe Leistungen geprägt, doch erwiesen sich die mangelnde Kohärenz des Programms, eine unflexible Projektpolitik sowie die niedrige Visibilität der Projekte gegenüber Öffentlichkeit und Regierung in Namibia als Handicaps.

Vor diesem Hintergrund müssen wohl die heftigen Ausfälle Nujomas im Jahr 2000 gegen die sog. schwarz-blaue Koalition und generell gegen die Afrikapolitik der EU gesehen werden.<sup>209</sup> Namibischerseits bemühte man sich, den offensichtlich spontanen und aus tiefer Verärgerung heraus erfolgenden Gefühlsausbruch des alternden Staatspräsidenten zu kalmieren; ein überraschender Besuch von Premierminister Hage Geingob in Wien – in dessen Verlauf er um Verständnis und Hilfe für die in Namibia nur schleppend vorangehende Landreform warb – wurde allgemein als Geste der Entschuldigung gewertet.<sup>210</sup>

Als wenig beeinflusst von diesem „Sturm im Wasserglas“ erwiesen sich die wirtschaftlichen Kontakte. Auf der einen Seite scheint das 2000 abgeschlossene Freihandelsabkommen der EU mit Südafrika (mit dem Namibia in einer Freihandelszone verbunden ist) den Handel in beide Richtungen zu stimulieren; möglicherweise werden von österreichischen Firmen jetzt auch mehr Geschäftsabschlüsse direkt mit namibischen Partnern (ohne südafrikanische Zwischenhändler) getätigt als früher.<sup>211</sup> Bereits um die Jahrtausendwende, wenngleich zunächst auf sehr niedrigem Niveau, hatte sich die Zusammensetzung des bilateralen Warenaustauschs zu verändern begonnen. Während importseitig Kupfer nun ganz an Bedeutung verlor, entwickelten sich Agrarprodukte (Milch, Gemüse, Früchte, Tierfutter, neuerdings aber auch Weintrauben, Fisch und Fleisch) sukzessive zum relativ größten Posten des Einfuhrverkehrs. Gleichzeitig gelang es der heimischen Exportwirtschaft, verstärkt Fuß auf dem namibischen Markt zu fassen und dort Fahrzeuge<sup>212</sup>, Waffen und Munition, Spezial- und Baumaschinen sowie die schon genannten Hebe- und Fördervorrichtungen<sup>213</sup> zum Absatz zu bringen. Neben den Bemühungen der österreichischen

---

Cooperation in a Globalising World. The cooperation of Parliamentarians and Non-Governmental Organisations. Conference Report, =SADOC-Studien zum Südlichen Afrika 5, Wien 1999).

<sup>209</sup> „Ich hörte kürzlich, daß Sie eine faschistische Regierung gewählt haben ...“. Das Interview mit vier österreichischen Journalist/inn/en im Volltext bei Susanne Newrkla u. a., Wir bringen dieses Opfer für Afrika. Interview mit Namibias Staatspräsidenten Sam Nujoma, in: INDABA, Heft 27/00, S. 11-13.

<sup>210</sup> APA, 9. November 2000.

<sup>211</sup> Für die Einschätzung der aktuellen Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Namibia danke ich dem Afrika- und Nahostreferenten der Wirtschaftskammer Österreich, Dr. Christoph Grabmayr, sehr herzlich.

<sup>212</sup> 1995 hatte Nujoma auch die Steyr-Daimler-Puch-Produktion allradgetriebener Fahrzeuge in Graz-Thondorf besichtigt – die SWAPO-Kontakte der frühen 1980er Jahre hatten sich also bezahlt gemacht!

<sup>213</sup> 2007 wurde die Lieferung von Schiffskränen des Vorarlberger Unternehmens Liebherr (für den Hafen von Walvis Bay) gemeldet (APA, 28. März 2007), vielleicht wurden ähnliche Exporte schon in früheren Jahren getätigt.

Außenhandelsstelle in Johannesburg wurden die erhöhten Exporte möglicherweise auch durch die im Mai 1999 eröffnete soft loan facility der Kontrollbank gefördert.<sup>214</sup>

Auch namibische Initiativen trugen zu einer Belebung der Wirtschaftsbeziehungen bei. Im Mai 2003 wurde ein Investitionsschutzabkommen, von dem sich Namibia wirtschaftliche Impulse erhoffte, von Innenminister Ernst Strasser und der namibischen Finanzministerin Saara Kuugongelwa-Amathila in Windhoek unterschrieben, im November desselben Jahres vom Nationalrat ratifiziert.<sup>215</sup> Ein gleichzeitiger Besuch des neuen namibischen Premierministers Theo-Ben Gurirab in Wien stand vorwiegend unter wirtschaftlichen Aspekten.<sup>216</sup> All dies blieb nicht ohne Wirkung. 2002 wurde ein österreichisches Engagement im Anlagenbau gemeldet (eine Tochterfirma der VA Tech beteiligte sich im Rahmen eines internationalen Konsortiums am Bau einer Wasseraufbereitungsanlage für Windhoek)<sup>217</sup>, und einige Jahre danach stieg auch der Handel wieder deutlich an. 2006 wurden mit 9,6 Mio Euro im Import (Zink, Lebens- und Düngemittel) bzw. 3,5 Mio Euro im Export (Energy Drinks, Maschinen- und Stahlteile) beinahe Spitzenwerte erreicht<sup>218</sup>, diese jedoch wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 2007 mit 23,957 bzw. 6,3 Mio Euro sogar noch deutlich übertroffen. Namibia war damit zum siebentwichtigsten Handelspartner Österreichs auf dem Kontinent vorgerückt. Ob es sich dabei nur um eine der üblichen Fluktuationen im Außenhandel mit Afrika handelt oder um eine nachhaltige Entwicklung, bleibt abzuwarten.

Weitgehend negativ hingegen entwickelte sich die Behandlung des Kooperationslandes Namibia im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Neben immanenten Gründen (Bedeutungsverlust der Personalentsendung, stärkere Konzentration auf die Regionen Balkan und Kaukasus, Vorschreibung höherer Eigenfinanzierungsquoten und dadurch Verschiebung der Prioritätensetzung auf Seiten der Projektorganisationen) muß hier auch von politischen Reaktionen der Bundesregierung (zwischen 2000 und 2007 einer Koalition von ÖVP und FPÖ bzw. BZÖ) auf die Kritik Nujomas ausgegangen werden. Waren auf dem Höhepunkt der Kooperation, Ende der 1990er Jahre, vom Außenministerium insgesamt neun größere Projekte gefördert und von drei österreichischen NGOs in Zusammenarbeit mit namibischen

---

<sup>214</sup> Seit April 2007 ist Namibia hier in der relativ günstigen („risikolosen“) Kategorie 3 eingestuft (<http://www.oekb.at/control/index.html?id=1000919>; Zugriff und frdl. telefonische Auskunft vom 7. Februar 2008).

<sup>215</sup> Außenpolitischer Bericht 2003, 320; APA, 17. November 2003.

<sup>216</sup> „Österreich hat unsere Kampagne für die Unabhängigkeit unseres Landes unterstützt, und daher nehme ich an, daß es sich auch mit unserer Zukunft identifiziert. Ich bin also hier um zu sagen, danke für Eure Solidarität, aber hört jetzt nicht auf, nur weil es eine Art von Propaganda gibt, die uns zu den Ländern mit mittlerem Einkommen rechnet. Wir haben die Apartheid noch nicht vollständig überwunden, wir hatten drei Jahre lang jetzt Dürre, wir hatten die Überschwemmungen am Caprivi, wir haben mit HIV/Aids zu kämpfen – hört jetzt nicht auf, Namibia zu unterstützen! Und ich rede nicht nur von einseitiger Hilfe, Namibia soll nicht immer der Empfänger sein und Österreich der Geber. Arbeiten wir an Beziehungen von gegenseitigem Nutzen, etwa auf dem Gebiet von Investitionen, Handel, Joint Ventures, es sollen mehr österreichische Touristen nach Namibia kommen, es soll eine stärkere Interaktion zwischen der Jugend geben, mehr Kulturaustausch usw. Ich glaube, daß mein Besuch zu einem günstigen Zeitpunkt kommt und daß sich die Beziehungen zwischen Namibia und Österreich in den kommenden Jahren zu beiderseitigem Nutzen verstärken werden.“ (INDABA, Heft 40/03, S. 3-8, hier: S. 8). Vgl. auch Der Standard, 19. November 2003, sowie die div. Medienberichte.

<sup>217</sup> The Namibian, 3. Dezember 2002 (Internetausgabe, Zugriff vom 19. Februar 2003).

<sup>218</sup> Wirtschaftsblatt (Wien), 16. Oktober 2007 (Internetausgabe, Zugriff vom 5. Februar 2008). xxx

Partnerorganisationen umgesetzt worden<sup>219</sup>, so muß für die Zeit nach 2000 geradezu von einem Absturz gesprochen werden. Die heimischen Leistungen, 1997 und 1999 (mit 23,3 und 27 Mio Schilling) erstmals der für Kooperationsländer angedachten Zielgröße entsprechend, sanken 2002 und 2003 auf 7,8 bzw. 6,3 Mio Schilling (umgerechnet aus Euro-Beträgen) ab.<sup>220</sup> In den folgenden Jahren liefen Projekte aus oder wurden einem Ende zugeführt. 2006 kündigte das Ministerium die Überführung Namibias in eine „Regionalprogrammierung Afrika-Süd“ an, die bis dato freilich noch nicht ausformuliert vorliegt.<sup>221</sup> Inwieweit Namibia, von Kleinprojekten abgesehen, in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit also auch weiterhin aufscheint, wird die Zukunft erweisen (vgl. dazu Diskussionsbeiträge auf S. xxx).

Wohl auch als Reaktion darauf sind seit der Erhebung der namibischen Vertretung in Wien zu einer Botschaft (2006) erhöhte Bemühungen zu bemerken, Namibia wieder verstärkt auf die Tagesordnung der heimischen Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik zu setzen – beispielsweise durch eine neuerliche Serie ranghoher politischer Besuche.<sup>222</sup> Auch von österreichischer Seite wurde – nicht zuletzt im Zusammenhang der Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat, die von Namibia unterstützt wird<sup>223</sup> – wieder Interesse an intensivierten Kontakten geäußert.

## Resümee

---

<sup>219</sup> Nämlich: „Betreuung und Ausbildung jugendlicher Strafgefangener und deren Wiedereingliederung“ (Institut für Internationale Zusammenarbeit / IIZ [später horizon3000] und The Bridge); „Juvenile Justice. Reform des Jugendstrafvollzugs“ (Österreichisches Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit / ÖNSI und Legal Assistance Centre / LAC); „Unterstützung frauenrelevanter Ansätze in Rechtshilfe, Rechtsbildung und Forschung zu Rechtsfragen“ (ÖNSI und LAC); „Tourismusplanung für die Nordwestregion Namibias“ (ÖNSI und Namibia COmmunity Based Tourism Association / NACOBTA); „Kleingewerbeförderung durch Aufbau einer unabhängigen Finanzinstitution in Kavango“ (CARE Österreich und LISIKAMENA Credit Fund); „Gewerbeentwicklung: Trainingsprogramm Pahuka/Kavango“ (CARE und Rundu Vocational Centre); Institutionelle Stärkung von Khomas Women in Development in Katutura“ (CARE und KWD); „Ein-, Verkauf- und Produktionsorganisation bei Okutumbatumba Hawkers Association“ (ÖNSI); „Organisationsentwicklung der Association of Business Women“ (ÖNSI). Zu den Details vgl. Slezak / Langthaler (Red.), Österreich und die Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika, S. 56 f.

<sup>220</sup> Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (Hg.), Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen (Wien), div. Jahrgänge.

<sup>221</sup> Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Hg.), Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2006 bis 2008. Fortschreibung 2006 (Wien 2006), S. 51; vgl. auch die Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Petra Bayr (SPÖ) und GenossInnen durch Außenministerin Ursula Plassnik vom 5. Juli 2007, in der ein Ende der Länderprogramme für Zimbabwe, Namibia und sogar Südafrika sowie ihre Überführung in das vage „Regionalprogramm“ angekündigt wird (1198/J sowie 1257/AB, XXIII. Gesetzgebungsperiode, elektronisch unter <http://www.parlinkom.gv.at> abrufbar [Zugriff vom 4. Februar 2008]).

<sup>222</sup> Im Jahr 2007 befanden sich die stv. Ministerpräsidentin Libertina Amathila sowie die Permanent Secretaries im namibischen Außen- und Gesundheitsministerium zu politischen Gesprächen in Wien.

<sup>223</sup> Vgl. APA, 25. Juni 2007, sowie das Interview mit Amathila in: INDABA, Heft 55/07, S. 3-8.

Wir beenden diesen Überblick über einhundertfünfzig Jahre „Beziehungskiste“ Österreich – Namibia also mit offenen Fragen an die Zukunft, aber auch mit Erkenntnissen aus der Vergangenheit. Zum ersten scheint bemerkenswert, daß es, mindestens in Summe, überhaupt so etwas wie berichtenswerte „Beziehungen“ gegeben hat – trotz des Fehlens sog. natürlicher gemeinsamer Interessen wie geographischer Nähe, gemeinsamer Geschichte oder wirtschaftlicher (Inter-) Dependenz; bei vielen anderen afrikanischen Ländern kam es deshalb bekanntlich nicht zu nennenswerten Kontakten. Aus diesem Mangel an vorgegebenen Anreizen für ein staatliches außenpolitisches oder -wirtschaftliches Engagement heraus erklärt sich zweitens der relativ hohe Stellenwert zivilgesellschaftlicher Akteure. Über weite Strecken hinweg waren es weniger Regierungen als vielmehr Missionare, Emigrant/inn/en, Befreiungskämpfer/innen, Solidaritätsaktivist/inn/en etc., die Namibia in der heimischen Wahrnehmung Afrikas verankerten (und dafür vermutlich auch weiterhin eine Rolle spielen werden). Drittens fällt auf, daß vielfach nicht nur österreichische, sondern auch namibische Instanzen auf bilateraler Ebene Aktionen setzten und dadurch das bilaterale Verhältnis prägten; SWAPOs Werben um Solidarität und die Resonanz darauf in einem „solidarischen“ Segment der heimischen Gesellschaft ist dafür ein Beispiel. Und viertens schließlich ergibt sich aus dem historischen Überblick das Vorhandensein sehr unterschiedlicher politischer Zugänge zum Verhältnis „Österreich – Namibia“: Während aus der Sicht Namibias (erst der Befreiungsbewegung und dann der unabhängigen Republik) mit diesem die Erwartung verknüpft wird, Unterstützung für den Kampf um Befreiung bzw. um die Überwindung der Folgen von Kolonialismus und Apartheid zu erhalten, steht die Position des offiziellen Österreich weitgehend im Einklang mit den jeweils vorherrschenden Trends des Nord/Süd-Verhältnisses insgesamt: kolonialistisch in Zeiten der Kolonialherrschaft; gemäßigt kooperativ während des politischen Aufschwungs der Blockfreienbewegung; marktorientiert im Rahmen der neoliberalen Globalisierung von heute.